B2

Bezirksversammlungen korrigiert habe. Aber ehe es soweit kam und ehe der Hauptausschuß die Genossen im Reich informieren konnte, hat die oppositionelle Gruppe vertrauliche Rundschreiben ins Reich gesandt. Eine ungeheure wüste Hetze setzte ein. Die Berliner Central-Sitzung, die am 9. August stattfand, nahm verschiedene Anträge an, die das Verhalten der Opposition mißbilligten. Dem entgegen forderten die Oppositionsbezirke die Durchführung der Beschlüsse der Berliner Mitgliederversammlung. Die Beschlüsse waren durchgeführt worden, soweit positive Beschlüsse angenommen worden sind, aber was die Körperschaften nicht durchführen konnten, das waren die Beschlüsse, die die Opposition für sich in ihren Bezirken gefaßt hatte. Die Opposition ging daraufhin zur Beitragssperre über. Zunächst war es nur ein Bezirk, und auf Aufforderung solodarisierten sich die anderen. Als man sah, daß die sachliche Entscheidung nicht im Sinne der Opposition ausfiel, ging man dazu über, die Union in diese hineinzuziehen. Schmidt erklärte, für die Oppositino sind diese Fragen eben Machtfragen, und aus diesem Grunde ziehe man die Union hinein. Das, was man den Körperschaften zum Vorwurf machte, daß man auf eine bewußte Spaltung hinarbeite, das sprach der Oppositiosgenosse Zinke in der Zentrale offen aus und erklärte: „Hier hilft kein Nachgeben, man muß spalten."

Wir nahmen diese Dinge nicht so auf die leichte Schulter und der HA. hat versucht, in eine gewisse Fühlungnahme mit der Opposition zu kommen. Das wurde erreicht, als die Opposition in Charlottenburg eine Versammlung von drei Bezirken von Partei und Union einberief. In dieser Versammlung schlug der GHA. der Opposition eine nochmalige Urabstimmung im ganzen Reich vor, ebenso in Berlin. Auch sollte die Opposition das Recht haben, ihre Auffassung ohne Aenderung und ohne jede Streichungen durch ein Rundschreiben des HA. ins Reich zu versenden. Die Voraussetzung sei aber, daß die Beitragssperre sofort aufgehoben würde. Die Opposition wählte eine Kommission, die dieses Rundschreiben vorbereitete. Die Versammlung hatte einstimmig diesen Vorschlag akzeptiert. Anstelle dieses Rundschreibens wurden den Körperschaften 6 Forderungen vorgelegt, diese sind im Material, das die Genossen vor sich liegen haben, enthalten. Als eine Besprechung über diese 6 Forderungen einsetzte,

Joffe begeht Selbstmord

Adolf Joffe, der erste russische Botschafter in Deutschland, später in China und England, hat sich erschossen. Als Grund wird eine unheilbare Nervenkrankheit angegeben. Die „Rote Fahne", die sonst in solchen Fällen die ganze erste Seite schwarz einrahmte, sich in diesem Falle auf der dritten Seite mit einer Spalte begnügt, verrät jedoch selbst, daß dieser Selbstmord eines der populärsten Bolschewiki mehr besagt, als sie wahr haben möchte.

und eine der ersten Forderungen die war, der HA. hat kein Recht, einen Einblick zu nehmen in das von uns verfertigte Rundschreiben, sondern der HA. darf erst über dem Wege des Reiches davon erfahren, und dann kann er darauf antworten. Würden wir derartiges gestatten, so hieße das, eine Organisation in der Organisation dulden und wir erklärten, entweder habt ihr das Vertrauen zu uns, daß wir unser Versprechen halten werden, sonst ist jede Verhandlung überflüssig. Darauf wollte die Opposition nicht eingehen. — Die Körperschaften haben alle Möglichkeiten ausgenützt, die zur Verständigung überhaupt da wären.

Der HA. hatte zu der Frage der Hängekommission erklärt, er wäre persönlich nicht für Ausschlüsse, aber er kann die Anträge der Berliner Mitgliedschaft nicht einfach mit einem Federstrich beiseite schieben. Der HA. wird sich dafür einsetzen, daß wegen der fraktionellen Tätigkeit und wegen der Beitragssperre keine Ausschlüsse vorgenommen werden. Aber was der HA. verlangen kann, das ist, daß die verleumderischen Beschuldigungen zurückgenommen werden; dann wird sich der HA. dafür einsetzen, daß keine Ausschlüsse erfolgen.

Die 6 Forderungen waren ein Schlag ins Gesicht der Partei und der Verständigung. Die Mitglieder, die hinter dem HA. standen, lehnten jede weitere Verhandlung ab, sie wollten, daß die Partei wieder aktionsfähig werde. Die Opposition hat mit allen nur möglichen Mitteln im Reiche versucht, fraktionsmäßig zu arbeiten. Die Verleumdungen und Unwahrheiten in ihren Rundschreiben wuchsen schneller als wie die Köpfe der Hydra, so viel man auch davon totschlug. Die Körperschaften sind trotzdem bereit, sich noch einmal um eine Verständigung zu bemühen. Aber die erste Voraussetzung ist die bedingungslose Aufhebung der Beitragssperre und die zweite, daß die Beschlüsse der Zentral-Ausschuß-Sitzung auch für die Opposition bindend sind. Die Central-Ausschußsitzung muß eine Entscheidung in dieser Frage treffen. Vier Monate leisten wir uns schon das zweifelhafte Vergnügen, über diese Frage zu diskutieren, wir sind dadurch inaktiv geworden, das muß ein Ende haben. (Schluß folgt.)

Zigeuner

Einige Sozialdemokraten, darunter Karl Schröder, der in sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen Vorträge hält, daß jedem Sozialdemokraten das Herz im Leibe lacht, geben daneben noch eine „KAZ." heraus, so alle Monate einmal im Westentaschenformat. Darin regen sich diese Sozialdemokraten nicht etwa über die Sozialdemokratie auf, sondern über die „Prinzipienlosigkeit" der KAPD. Wir nehmen dies mit gebührender Achtung zur Kenntnis. Darauf haben wir gerade gewartet, bis uns dieses korumpierte Gesindel Prinzipien beibringt.

Ihnen zugetan ist der Franz Pfemfert, der, kaum daß er von dem Sterbelager des Geschäftemachers Harden, dem er in der Schweiz die Augen zudrückte, zurückgekehrt war, in seinem schwindsüchtigen „Spartakus" über den Fall Katz? — Oh nein. Seinem Freunde Katz tut das nichts, und wenn er noch zehn Jahre im Reichstag sitzt — Der „Fall Schwartz" hat es ihm angetan. Katz ist Mitglied des „Spartakusbundes", Schwarz ist nicht Mitglied der KAPD. Das macht dem Franz nichts. Seine „revolutionären" Epileptiker, die hinter ihm herlaufen, fressen alles, was der Franz verdaut hat, oder unverdaut ausspuckt.

Dazu gesellt sich dann noch die „AAU—E", die den Katz nicht leiden kann, und die wegen dem Katz und dem Pfemphert einen neuen Laden aufmachte, aber nicht um Prinzipien willen, sondern weil ihnen die Nase von dem Franz und dem Iwan nicht gefällt. Dieses gesamte prinzipienlose Gesindel hat einmal von einer Opposition in der KAPD. etwas gehört, und fühlt sich berufen, „anzuknüpfen", so in der Art des Zigeuners. Kein Mensch weiß, was sie wirklich wollen. Man weiß nur, daß sie für ihre „Politik" nur ganz Dumme einfangen können.

Wir stehen nicht an zu erklären. Sollte es in der KAPD. Arbeiter geben, die Sehnsucht haben nach diesem Gelichter, — an solchen Arbeitern kann eine revolutionäre Partei niemals etwas verlieren. Die Revolution ist eben keine Katze, die ihren Unrat eingräbt, sonst liefen diese Gestalten gar nicht mehr herum. „Wer in der „Entwicklung" dorthin begriffen ist, dem kann man nur noch guten Appetit wünschen.

Die Pachtverhältnisse auf dem russischen Dorfe

Entnommen aus der „Prawda" Nr. 183 u. 190, 1927. Die Red.

Zwei Jahre sind vergangen seit den Beschlüssen der 14. Parteikonferenz und des 3. Sowjetkongresses der USSR. eine weitere Zulassung der Pacht und Lohnarbeit auf dem Lande betreffend. Schon heute kann man gewisse Schlüsse ziehen, wie bei uns die Landpacht sich entwickelt hat, welche Pachtverhältnisse sich herausgebildet haben und in welcher Phase die Regelung dieser Verhältnisse bei uns sich befindet.

Etwas über die Quellen der Untersuchung.

Die grundlegenden Quellen für die Untersuchung der Pachtverhältnisse auf dem russischen Dorfe stellen die Angaben der Zentralen Statistischen Verwaltung (ZStV.) und der Zentral-Kontroll-Kommission der Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI.) Die Angaben der ZKK und der ABI. sind das Resultat einer Untersuchung in 40 Gouvernements, Bezirken und rationalen Gebieten, die am Orte in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 von den Organen der Kontroll-Kommission der ABI. durchgeführt wurde. Diese Untersuchung umfaßte 110 110 Wirtschaften. Die Angaben der ZStV. beruhen auf zwei Quellen: der Umfrage nach Frühlingssaat und der jährlichen dynamischen Erhebungen derselben Dorfbezirke (Sprengel.)

Als einen ziemlich wesentlichen Mangel der Angaben der ZStV. muß man das Fehlen von unentbehrlichen Ziffern für die richtige Kennzeichnung der Wirtschaften, die in diese Pachtverhältnisse einbezogen sind, ansehen: Die Wirtschaften, die Land verpachten oder pachten, sind nur nach Maßgabe der Saatgruppen verteilt. Es ist klar, daß das äußerst ungenügend ist. Mindestens hätte man Angaben über diese Wirtschaften nach Maßgabe der Versorgung mit Arbeitsvieh haben müssen.

Die Unterlagen der ZKK. der ABI. leiden unter dem Mangel, daß keine konkreten Kennzeichen der Wirtschaften, die pachten und verpachten, angeführt werden. Nur Teilung in 3 Grundgruppen (Armut, Mittelbauern und Großbauern) ist bei der Untersuchung am Orte unter Zusammenfassung aller Grundlagen — der Kennzeichen (Saatfläche, Inventar, Zahl der Esser, der Arbeiter, der anderen Unternehmungen und der Lohnarbeit) durchgeführt.

Diese Kennzeichen sind nicht spezifiziert, weshalb es auch unmöglich ist, die Wirtschaften dieser oder jener Gruppe zuzuteilen.

Am genauesten ist die Frage bezüglich des ukrainischen Dorfes untersucht. Die bedeutende Arbeit der ukrainischen ZStV., die ihren Niederschlag in dem jüngst erschienenen Buche von Gurewitsch: „Die Frage der gegenwärtigen Bauernwirtschaft in der Ukraine" gefunden hat, wirft ein scharfes Licht auf das Wesen der Pachtverhältnisse bei uns. Die Charakteristik der Pächter und Verpächter in der Ukraine wird gegeben im Lichte zweier Kennzeichen (Saatgruppen und Versorgung mit Arbeitsvieh) und auch in Gegenüberstellung mit der Angabe von 1917. Im Zusammenhang damit finden sich in der Darstellungsmethode von Gurewitsch eine Reihe Mängel, Auslassungen und Fälle von unrichtiger Fragestellung. Im ganzen müssen die aufgezählten Quellen vom Gesichtspunkt der richtigen Untersuchung der wirklichen Pachtverhältnisse bei uns als unbefriedigend angesprochen werden. Abgesehen von ihrer Unvollständigkeit und Mangelhaftigkeit geben sie doch immerhin die Möglichkeit, eine ganze Seite von wertvollen Schlußfolgerungen bei der Charakterisierung des Wesens der Pachtverhältnisse, der Bedingung, der Formen und Ursachen der Landpacht usw., zu ziehen.

Mit dem Augenblick, wo wir es nötig haben, eine Reihe von Zahlangaben klarzulegen (das ist bei der Untersuchung der Verbreitung der Pacht sehr notwendig, treten die Mängel der vorhandenen statistischen Angaben mit besonderer Kraft hervor, was verhindert, erschöpfende Antworten auf gestellte Fragen zu geben. Der von uns geschilderte unbefriedigende Zustand in der Statistik auf dem Gebiete der Untersuchung der Pachtverhältnisse muß die ernsteste Aufmerksamkeit sowohl der Zentralorgane, sowie der örtlichen Parteiorganisationen auf sich ziehen. Man muß erreichen, daß diese Statistik die Wirklichkeit wiedergibt. Wenn wir nicht genau wissen, was bei uns auf dem Gebiete der Pacht vor sich geht, was, wohin und in welchem Maße es wächst, so kann keineswegs von einer richtigen Fragenstellung zur Regulierung der Pachtverhältnisse die Rede sein.

Die Verbreitung der Pacht.

Wie haben die Beschlüsse des III. Sowjetkongresses (Frühjahr 1925) auf die Pachtverhältnisse gewirkt? In welcher Richtung hat sich die Ausdehnung der Landpacht bei uns nach der Zulassung der Verlängerung der Pachtfristen und der Entwendung der Lohnarbeit auf gepachtetem Lande bewegt?

Leider geben die Unterlagen desZStV. nicht die Möglichkeit, diese Frage in genügendem Maße zu klären. Die Hinweise auf die Ausdehnung der Pacht nach den Angaben der Dynamik reißen mit 1925 ab.

Die Materialien über die Dynamik (Zentrale staatlicher Verwaltung) geben zwei Hinweise): den Prozentsatz der pachtenden Wirtschaften und die Durchschnittsgröße der Pacht. Zuweilen haben wir bei der Verringerung der Zahl der pachtenden Wirtschaften ein Wachsen der Pacht (infolge eines bedeutenden Zuwachses der Durchschnittsgröße der Pacht) und umgekehrt bei der Steigerung der Zahl der pachtenden Wirtschaften finden wir oft eine Verringerung der Pacht (infolge des bedeutenden Rückganges der Durchschnittsgröße der Pacht). Zur Ueberwindung dieser Mängel multiplizieren wir diese und im Resultat haben wir dann einen neuen stichhaltigeren Anhaltspunkt. Die Größe des gepachteten Landes auf je 100 Wirtschaften in Desjatinen. Im folgenden geben wir die Angaben der einzelnen Gebiete auf Grund dieser Erhebungen über die Ausdehnung der Pacht:

Die Größe des gepachteten Landes auf je 100 Wirtschaften in Desjatinen*):

Gebiet:	1924	1925
Aeußerster Norden	1,68	1,86
Nordgebiet	2,75	4,68
Nordwestgebiet	7,80	13,09
Westgebiet	1,43	7,02
Moskauer Industriegebiet	3,29	5,92
Rjasan-Tula	8,71	8,76
Zentralland	14,06	27,00
Wolga-Kama	0,27	5,40
Wolga	34,56	69,92
Ural	9,46	46,71
Baschkiren, Orenburger	15,08	17,50
Nordkaukasus	39,69**)	115,92
Sibirien	29,76	31,92

*) Bei uns spielt die Pacht der Staatsländereien eine große Rolle. Leider ist es schwer, genau festzustellen, welchen Teil des gesamten Pachtlandes die Staatsländereien ausmachen. Die vorhandenen Materialien des Volkskommissariats geben keinen Aufschluß. Nach den Berechnungen von Hurwitsch wurden vom gesamten gepachteten Land 63 Prozent von Bauern, die übrigen 37 Prozent vom Staate gepachtet.

**) Im Jahre 1923 — 106,88 Prozent.

Fortsetzung folgt.

Jugendbewegung

Das Gebot der Stunde

Wenn auch die letzten und z. T. die für „das Morge voraussehbaren Ereignisse und Zuspitzungen uns nicht in de Glauben versetzen können und dürfen, daß die Phase de Weltgeschehens im Augenblick endliche und endgültige For annimmt, weil die Entwicklung des Kapitalismus noch gründ licher ein Raubzug gegen das Proletariat werden muß, we der Weg des jüngsten Verbündeten des Weltkapitals, de III. Internationale, noch offensichtlicher und konsequenter zu allein seeligmachenden Reformismus und zur Anerkennun des bürgerlichen Staates führt und führen muß, gehen de noch Dinge vor sich, die mehr als bisher die Aufmerksamke aller Revolutionäre erheischen. Rußland geht nach Genf! Nic etwa, um das (auch von ihm) unterdrückte Proletariat z vertreten, sondern um die Arbeitsgemeinschaftspolitik de kapitalistischen Gruppierungen mit allen Konsequenzen durch zuführen.

Konflikte zwischen Ungarn, Italien, Bulgarien und Fran reich, Tschechoslowakei, Jugoslavien! Ostorientierung de deutschen Fertigindustrie! Wahnsinniger, mit allede auf einer Linie liegender Rüstungsaufbau überall! Liebe gaben für vorhandene und werdende Kulakikapitalisten i Neo-Nep-Rußland täglich! Wetterleuchten am in- und au ländischen Horizont!

In einer derartigen Situation sollte das Proletariat, soll das Jungproletariat ohne Avantgarde im Kampfe stehe Nein! Wenn sie auch noch so gering ist an Zahl, sie ist de noch vorhanden: in uns!

Unsere Aufgaben müssen in einer derartigen Situati im wesentlichen im energischen zielklaren Propagieren d revolutionären Endlosungen, in engster Verbindung mit de Vorgängen des Tages bestehen. Jetzt heißt es: weniger „le nen", mehr begreifen!

Wenn eine stagnierende Situation schon keinen Pl zum sophistischen Kretinismus jenseits des Prinzips zulä dann eine vorher bezeichnete derzeitige schon gar nich Denjenigen Genossen, die im Augenblick zur übergroß Mehrheit der Organisation in auchorganisatorischer Oppo tion stehen, rufen wir zu: Erkennt! Noch ist es Zeit! Ba schon nicht mehr! Dann hüllt ihr euch in die Toga des Ma ners, gleicht ihr in euren Anwürfen gegen die Organisati keifenden Weibern, versucht ihr alle dunklen Element dunkelster Existenz, gegen uns aufzubringen, erwartet i in stumpfer Resignation bessere Tage, wie denn auch s ihr verfallt in unerbittliche Indifferenz, wenn ihr nicht direk Gegner der revolutionären kommunistischen Idee werd wollt. Den verantwortungslosen Schürern derartiger Ak onen ein Paroli! Für uns, die Revolutionäre der Tat, gilt vorwärts schreitend über diesen Leichnam von Oppositi zur Tagesordnung, zum Kampf überzugehen.

An alle Mitglieder der KAJ.!

Genossen!

Bestellungen und Zuschriften für die „Rote Jugend" die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, La sitzer Platz 13, mit dem Vermerk „Rote Jugend" erbe Die „R. J." erscheint wieder regelmäßig! Daher pünktli Abrechnung! Alle Organisationszuschriften, Berichte, laufe Korrespondenz, an die Adresse Franz Junghans, Petersha (Ostbahn) Friedrichstr. 3.

Aus der Organisation.

Berlin.

Gruppe Wedding: jed. Mittwoch 8 Uhr, Prinz Eug Ecke Schulstr. Lokal „Weiße Taube."

Gruppe Cöpenick: jed. Mittwoch im Jugendheim, Sch straße 27.

Mitteilungen

Spandau.

Donnerstag, 24. November, abends 8 Uhr, bei Vollma Augusta-Ufer, Ecke Moritzstr., gr. öffentl.

Vortragsabend.

Thema:

Das Elend wächst!

Neuer Wahlschwindel blüht.

Arbeiter erscheint zahlreich! AAU., 8. Bezirk

Chemnitz.

Am Sonnabend, den 26. November, abends 8 Uhr, fin im Restaurant „Stadt Kamenz", Unt. Aktienstr., ein öffe Diskussions-Abend statt.

Thema:

Gewerkschaften oder Allgemeine Arbeiter-Union.

Ist die Revolutionierung der Gewerkschaften möglich?

Die Leser der KAZ. und des „Kpfr" sind hierdurch geladen. Mitglieder der Gewerkschaften, der KPD. und SP welche mit uns ehrlich die Notwendigkeiten der prol. Klass bewegung diskutieren wollen, sind willkommen.

KAP. — AAU. Chemnitz.

Groß-Hamburg.

B. O. Hafen. Am Mittwoch, den 23. November, nach 4,30 Uhr, Mitgl.-Versammlung bei Hansmann, Brauerknech graben 27. Alle Genossen, besonders diejenigen, die in letzten Versammlung gefehlt haben, werden aufgefordert erscheinen.

Die nächste Allg. Mitgl.-Versammlung findet am So abend, den 3. Dezember, abends 8 Uhr, bei Wagner, Gr machergang 22, statt.

Arbeits-Ausschuß der AAU.

Groß-Berlin

Parteifunktionäre!

Am Dienstag, den 22. November, abends 7,30 Uhr, wich Sitzung bei König, Lange Straße, an der Fruchtstraße.

Der Arbeitsausschu

Genossin Fr. Berta Burmeister

ist am 16. 11. 27 gestorben. Die Beerdigung fand bereits 19. 11. 27. statt. Trotz schwerer Krankheit war sie bis letzt für die revolutionäre Bewegung tätig.

Ernst Zimmermann,

langjähriges Mitglied der AAU., ist am 5. November info Betriebsunfalles aus dem Leben geschieden. Genosse Zimm mann ist bereits begraben. Wir werden ihm ein ehrendes denken bewahren. AAU., 5. Unterbezir

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl S Neukölln. Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Moritzpl. 674

8. Jahrg. Nr. 91

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pfg.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 24. November 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die englische Kohlenkrise und die KP. Englands

Gerade wir Marxisten, die wir unbeirrt die Fahne des historischen, dialektischen Materialismus hochhalten, die wir immer wieder erproben, wie sehr das Wort von Karl Marx zu recht besteht, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt, gerade wir forschen danach, in jedem bestimmten Fall festzustellen, wie aus den besonderen Bedingungen des historischen Seins mit den konkreten wirtschaftlichen Bedingungen eines Landes sich jeweils die Formen des Klassenkampfes entwickeln. Es ist von anderer Seite schon darauf hingewiesen, wie sich die englischen Gewerkschaften genau so wie die deutschen als Teile des Herrschaftsapparates in den kapitalistischen Staat einbauen. Wie sehr müssen sich die Widersprüche der kapitalistischen Welt schon im Weltmaßstab herausgeschält haben und wie sehr wirkt sich die internationale wirtschaftliche Verflechtung aus, wenn sich die Gruppierungen innerhalb der beiden Todfeinde, der Kapitalisten und der Arbeiter in den Hauptländern mechanisch wiederholen.

England, das Land individueller Freiheit, England, das Land der rückständigsten Verfassung seiner Fachorganisationen ist auch in seiner Gewerkschaftsopposition und in seiner „kommunistischen" Partei das langweilige Abbild der kontinentalen Bewegungen, das getreue Kind Moskaus und der III. Internationale.

Auf dem Kongreß der britischen Gewerkschaften, der im September stattfand, legten die Gewerkschaftsführer ein offenes Bekenntnis für die Mitarbeit am kapitalistischen Aufbau ihres Imperialismus ab, ein Bekenntnis der Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft, die sich einmal aus der Weltlage, zum zweiten aus der Rückständigkeit der englischen Industrien, der veralteten Einrichtungen im Bergbau ergeben, gemeinsam mit dem Unternehmen zu lösen: sie schwören frei und offen den Klassenkampf ab. Wir haben während des Kohlenbergarbeiterstreiks die ganze Schwäche der Minderheitsbewegung gesehen, wir haben auch gesehen, wie sie genau wie die KP. Englands von Moskauer Parolen zehrt. Auch der Kongreß stellte dies fest und sagte sich mit Recht von allen Halbheiten, die daraus folgen, los.

Aber wie auch in Amerika keine Arbeiterbank, keine Arbeiteraktie verhindern kann, daß dort der Klassenkampf immer breitere Massen ergreift, immer schärfere Formen annimmt, so kann auch kein Streben nach demokratischer Lösung die Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft aus der Welt schaffen, kann das Streben nach demokratischer Lösung verhindern, daß auch für die englischen Lohnsklaven die Frage so gestellt ist: Kommunismus oder hinabgleiten in die Nacht der Barbarei.

Ein Artikel in der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts" vom 1. November: „Kohlenkrise und kein Ende" — „Neue Schwierigkeiten in England — Steigen der Weltproduktion", stellt zunächst folgende Tatsachen fest:

Es handelt sich um eine Weltkohlenkrise, während Millionen feiern, fehlen die Verbraucher: Auch die schnelle Beendigung des Streiks in Deutschland und Spanien hat gezeigt, daß die internationale Kohlenkrise, die sich seit Jahren an den Punkten des geringsten Widerstandes durch Verursachung von Arbeitspausen (merkt euch das Wort Gewerkschaftsgläubige) von Zeit zu Zeit Luft schafft außerhalb des Depressionszentrums England derartige Ventile zur Entlastung des Hochdrucks zufinden vermag. Andererseits kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Kohlenversorgung der Welt im stetigen Wachsen begriffen ist, und daß bei dem immer heftiger werdenden internationalen Konkurrenzkampf trotz aller konsumfördernden Preissenkungen die Spanne zwischen Produktion und Verbrauch immer größer wird. Eine soeben veröffentlichte Statistik über die Kohlenproduktion der wichtigsten Erzeugungsgebiete, die wir nachstehend wiedergeben, läßt diese Tatsache deutlich erkennen."

Die Statistik bezieht sich auf Deutschland, Frankreich, Saargebiet, Belgien, Großbritannien und die U. S. A. Sie zeigt gegen 1925 für die Monate Januar bis August eine etwa siebenprozentige Erhöhung.

Der Artikel stellt ferner fest daß in Durham, wo die Lohnsklaven einer weiteren Senkung ihres Lohnes machtlos gegenüber stehen, „trotzdem die heutigen Sätze hart an der Grenze des Existenzminimus liegen", die Gruben mit einem Verlust von 10 Prozent der Förderungskosten verkaufen, und dies, während „die vor elf Monaten eingeführte Arbeitszeitverlängerung zwar eine Zunahme der Förderung pro Mann und Schicht von etwa 20 Prozent zu Folge gehabt, und die Wochenlöhne seinerzeit um etwa 10 Prozent gesenkt wurden."

Dabei handelt es sich bei Durham um einen großen Distrikt, der in bezug auf seine Förderung und die Zahl der beschäftigten Arbeiter reichlich ein Achtel der britischen Kohlenindustrie ausmacht." Hier hilft innerhalb des Kapitalismus natürlich nur Vertrustung und es ist weiter kein Wunder, wenn auch die Konservativen nach radikaler Vereinheitlichung schreien.

Die Situation liegt also vor aller Welt offen vor Augen. Nimmt man hinzu, daß in der Metallindustrie, in der Textilbranche ähnliche Absatzschwierigkeiten bestehen, ähnliche Konflikte wegen Lohnkürzungen, so kann die Arbeiterschaft deutlich sehen, daß sie nur in einem Kampfe, der auf das Ganze geht, siegen und sich retten kann.

Jedoch ist dieses Mal kein Kampf zu fürchten. Denn die zentrale englische Kohlengewerkschaft (richtiger die Konferenz der Exekutive der Kohlengewerkschaften) hat sich geweigert, einzugreifen und hat in ihrer Exekutivsitzung mit einem Protest gegen das Vorgehen der Bergwerksbesitzer die

Streik der Tabakarbeiter

Unter der Knute der Demokratie

Die hungernden Tabakarbeiter streiken. Die Tabakarbeiterinnen, die Kinder der Tabakarbeiter streiken. Schon eine Woche lang liegen sie auf dem Pflaster. Sie streiken eigentlich nicht aus freiem Willen, sie sind ausgesperrt, weil einige von ihnen „tarifbrüchig" geworden sind, worauf die Unternehmer mit der Generalaussperrung antworteten. Ihr „Tarif" läuft eigentlich bis März 1928.

Und nun wird mit einem Male ein Zipfelchen des Schleiers gelüftet, den die Demokratie über eine Arbeiterkategorie gebreitet hat. Die „Arbeiterzeitungen", allen voran der „Vorwärts", bringen spaltenlange Berichte darüber, wie diese Demokratie, diese „Etappe zum Sozialismus" in Wirklichkeit aussieht. Doch darf man über diesen Krokodilstränen den Zweck der Uebung nicht übersehen. Die Zigarrenarbeiter, die in Schwindsucht und Unterernährung buchstäblich ausgerottet werden, deren Kinder von frühester Jugend an unter die Fuchtel des Profits gepreßt, und nicht nur das, sondern deren unterernährte Körper und Lungen mit Tabakstaub verpestet werden, sind den Herren Sozialdemokraten so gleichgültig, wie ein im ersten Frost erfrorener Sperling.

Sie wollen ablenken von der Frage: Wer hat diese Sklavenverträge, die dieses Hundedasein sanktioniert, abgeschlossen? War es so schwer, die Folgen, die man heute in schreienden Farben malt, vorauszusehen? Mit nichten! Das Elend und die haarsträubenden „Lebens"verhältnisse gerade der Tabakarbeiter, und ihr Versuch, ihrem Elend mit gewerkschaftlichen Mitteln zu entrinnen, stellen eine ganz andere Frage. Sie stellen die Frage nach der gesamten Zukunft des Proletariats in der Demokratie.

Die Tabakarbeiter sind eine jener Arbeiterkategorien, die den Rattenfängerweisen von der schönen Arbeierzukunft in der demokratischen Republik am meisten Gehör schenkten. Sie bäumen sich heute auf, wo das Elend einfach unerträglich geworden ist. Sie sind nicht verdächtig, „wilde" „disziplinlose" Aktionen unterstützt zu haben, als es in den entscheidenden Tagen ums Ganze ging. Sie haben ihre Geschichte in die Hände „bewährter Führer" gelegt und haben gehofft, und haben gewartet, bis auf den heutigen Tag.

Und sie haben am eigenen Leibe erfahren müssen, daß diese Demokratie ihren Weg geht über Hunderttausende von Verhungernden. Sie sind heute noch mit einem Fuß an diese Demokratie geschmiedet durch einen Tarifvertrag. Und ihnen, die heute sich verzweifelt aufbäumen, steht entgegen eine gefestigte Bourgeoisie, gefestigte Gewerkschaften, eine gefestigte Sozialdemokratie. Das Mittel, mit dem sie ihre Lebenslage verbessern wollen, der Streik, gleicht einem Versuch der Ameisen, eine Brücke über das Meer zu bauen. Sie können durch die Arbeitsverweigerung einen Hunger über sich selbst herauf beschwören, der sie zu allem befähigen kann, — aber die vereinigten Tabakgewaltigen niederzwingen, das können sie nicht.

Sie können es deswegen nicht, weil ihr Kampf die Republik nich treffen kann, sie nicht erschüttern kann. Die Konsumgenossenschaften haben bereits den Streikbruch organisiert, und hoffen, in diesem Streik Bombengeschäfte zu machen. Die „Uneinigkeit" der Tabakkapitalisten wird bereits auch von der „Roten Fahne" in den höchsten Tönen gefeiert, in Wirklichkeit geht es ja nur darum, die Zufuhr aufrechtzuerhalten. Die Lager sind außerdem überfüllt, und durch den Import ausländischer Waren können diese gehalten, und die Zigarrenarbeiter durch den Hunger einfach zur Kapitulation gezwungen werden. Der ganze Kampf läuft auf die nackte bloße Formel hinaus: Wer kann länger hungern, die schon halbverhungerten Tabakproletarier und ihre Kinder — oder die Tabakkapitalisten?

Gerade weil die Hand der Tabakarbeiter noch weniger an die Gurgel des kapitalistischen Staates reicht, wie die der Bergarbeiter, der Metallarbeiter, der Textilbranche usw., deswegen die aufdringliche „Unterstützung" der Gewerkschaften. Hier — das wissen die Gewerkschaftsbonzokraten, — kann nichts passieren! Hier braucht man mit der „Unterstützung" nicht knauserig sein. Vollkommen von ihrer Klasse isoliert, ohne die Möglichkeit durch ihren Streik andere Arbeiterkategorien in den Kampf zu ziehen und so das „Wirtschaftsleben zu gefährden" stehen die Tabakproletarier in „musterhafter Ordnung" und „von prächtigem Kampfgeist erfüllt" — einsam und allein auf weiter Flur, wie die Manschinenstürmer, ihren wahren Feind nicht erkennend, blind in der Weltgeschichte.

Man sage uns nicht, wir wollten den Tabakproletariern in den Rücken fallen. Wir erfüllen an diesem Beispiel nur unsere unbeugsame Pflicht als revolutionäre Arbeiter, indem wir auch hier die unerbittliche Wahrheit verkünden.

Die Weltgeschichte enthält ebenfalls den, wenn auch ungeschriebenen Paragraphen, daß Unkenntnis der kapitalistischen Entwicklung nicht vor Strafe schützt. Das Kleben an den Zunft- und Alltagsinteressen machte das Proletariat blind für seine historische Mission, die bei Ausbruch des Weltkrieges nach einer Lösung schrie. Und diese Blindheit bezahlte das Proletariat mit Zehnermillionen seiner besten.

Nach dem Kriege stehen die größten Teile des Proletariats dem historischen Geschehen blind gegenüber. In Hunderte von Tarifverträgen und Zunftorganisationen zerrissen, steht das Proletariat der Kapitalsoffensive, die aus dem Konkurrenzkampf um den Weltmarkt bedingt ist, hilflos gegenüber, und klammern sich an eine Taktik, die die Totenglocken des Imperialismus im Zeitalter der Trusts und Monopole, längst zu Grabe geläutet haben. Und so lange das Proletariat seine eigene Klassenmission verleugnet, so lange es zum Nutzen der kapitalsfrommen Gewerkschaftsbourgeoisie nicht den Weg zur Klassen- und Massenaktion findet, so lange wird es die Opfer der fortlaufenden Niederlagen durch offene oder versteckte Kapitulation durch die Schlichtungsdemokratie tragen müssen, und der Beifall der Gewerkschaftsmeute, die bereit ist, jeden Peitschenhieb in einen „Sieg" umzulügen, wird ihm gewiß sein.

Die Lehre jedoch, daß die Stunde gekommen ist, wo alle Energien darauf gerichtet sein müssen, eine fluchbeladene Gesellschaftsordnung von Grund auf aus den Angeln zu heben und die Bahn frei zu legen für den Aufbau einer kommunistischen Gemeinschaft und damit die Lehre von der Notwendigkeit der Organisation der gesamten kampfbereiten Klasse nach den Prinzipien der AAU. — Diese unerbittliche Wahrheit wird durch jede Niederlage von neuem bestätigt werden.

Gewerkschaft von Durham in ihren Verhandlungen mit den Unternehmern ohne Unterstützung gelassen. In der gleichen Exekutivsitzung ist ein Antrag einer Gewerkschaft, der den Bruch sämtlicher vor elf Monaten abgeschlossenen Distriktabkommen zwischen Arbeitern und Unternehmern und die Durchsetzung einer nationalen Regelung forderte, ziemlich einstimmig abgelehnt worden. Wenn das Blatt dann noch die Worte eines Delegierten zitiert: „Wir haben zwar den Willen, die uns vor elf Monaten aufgezwungenen Verträge zu zerreißen, aber nicht die Macht dazu und glaubt damit die Meinung des Kongresses zusammengefaßt zu sehen, so bringt das englische Kommunistenblatt vom 4. November die Frage des Delegierten: „Würden Lohnkürzungen nicht mehr Neueinstellungen bedeuten“, d. h. weniger Arbeitslosigkeit und zeigt damit die ganze Knechtseligkeit dieser edlen „Klassenkämpfer“ auf.

Dieselbe Nummer des „Workers life“, viel und sehr beschäftigt mit dem Jubiläumsrummel in Moskau, faßt seine eigene ganze Weisheit zusammen in den Ausruf: „Eine neue Führerschaft ist nötig!“ Was heißen da alle Klagen, daß eben die alten Führer jegliche Unterstützung ablehnten, auch durch Extrabeiträge. Es mag eine bequeme Methode erscheinen, aber was kann die ganze Jämmerlichkeit der KPE. gerade nach den Erfahrungen des Streiks nicht besser kennzeichnen, als wenn man ihre eigenen Forderungen wiedergibt. Sie nageln Mac Donald fest, daß sein Ruf nach einer 100prozentigen Gewerkschaft ebenso faul ist, wie sein Wort: weder er noch einer seiner Kollegen wollten einfache Unterwerfung und Sklaverei der Bergarbeiter, wenn nicht zugleich ein wirklicher Kampfwille dahinter steht, und bleiben selbst in folgenden kraftlosen Worten stecken: „Nur der vorbehaltlose Schmus, den Durhamer Distrikt gegen Verschlechterungen zu schützen, kann diese bei den Verhandlungen mit den Besitzern den Rücken steifen.

Die Exekutive muß einen Werbefeldzug für die Vereinigung der Bergwerksverbände beschließen. Eine Konferenz muß einberufen werden, um Mittel und Wege zu diskutieren, um dem Angriff der Unternehmer gegen die gesamte Arbeiterschaft zu begegnen und dann

1. Die Reorganisations-Komitees, die auf dem Jahresverbandstag eingesetzt wurden, sollen energisch Pläne herausbringen, um die Bezirksverbände zu einer großen Bergwerksgewerkschaft zu verschmelzen.

2. Sofortige Verhandlungen mit der russischen Union der Bergleute, um ein englisch-russisches Komitee der Bergleute zu gründen.

3. Die Arbeiterpartei und besonders die Frauenabteilungen und die Genossenschaften sollten Fonds anlegen zur gegenseitigen Unterstützung, wenn irgend ein Teil der Arbeiterschaft von den Kapitalisten angegriffen wird.

4. Die ganze Arbeiterbewegung soll aufgerufen werden und vorerst eine nationale Campagne für den Rücktritt des Baldwin-Kabinett zu machen, diesem Werkzeug der Lohnkürzer.

Dieselbe Zeitung, die sich nicht scheut, den Streik im deutschen Braunkohlenrevier einen großen Sieg zu nennen, wagt nicht einmal, wie bei den letzten Kämpfen nach Aktionsausschüssen zu rufen.

Wir verlangen nicht, daß die englischen Kommunisten zum Generalstreik aufrufen, wo die englische Arbeiterschaft dermaßen entmutigt am Boden liegt. — Auch wir können dies nicht bei jeder beliebigen Gelegenheit tun. Man kann aber verlangen, daß sie die Lehren aus der Niederlage des letzten Kampfes ziehen: durch Propaganda revolutionärer Organisationen in den Revieren und Betrieben ideologisch und organisatorisch die Kämpfe vorbereiten, auch jetzt versuchen, den Widerstand selbständig zu organisieren und kämpfend die Solidarität der Klassengenossen herauszufordern. Die Morgenblätter melden Siegesfeiern aus Frankreich und England. Wir aber sagen: Nacht liegt über England!

Politische Rundschau

Die unbeschreibliche Demokratie

Die kapitalistische Demokratie enthüllt jeden Tag neue, noch nicht besungene Eigenschaften. Anläßlich der Senatswahlen in Bremen unterhält man sich gegenwärtig darüber, ob der Senat infolge der „Linksverschiebung“ zurücktreten soll, worauf die Deutschnationalen wie folgt beweisen, daß trotz der Wahlen der alte Senat mit demokratischen Mitteln gerettet werden kann, und zwar so:

„Der Senat soll nicht zurücktreten, sondern weiter regieren, und wenn ihm die Bürgerschaft die Vorlagen und den Etat mit Stimmengleichheit oder auch mit Stimmenmehrheit ablehnt, dann soll er zur Waffe des Volksentscheids greifen, die er schon einmal mit Erfolg gehandhabt hat, und die Bevölkerung über die Frage entscheiden lassen: Soll der Senat zurücktreten oder nicht? **Mit Hilfe der Waffe der Stimmenthaltung könne der Bürgerblock sich dann retten und am Ruder bleiben!**“

Man sieht, wie gut die Bourgeoisie weiß, daß diese Demokratie nur ein fauler Zauber ist, mit der man so ungefähr alles machen kann, wozu man lustig ist. Nur das Proletariat glaubt immer noch, daß sie das Zeichen ist, in dem sie „siegen“ kann.

Vor dem 15. Parteitag der KPSU

Moskau, 18. November. (Inprekorr.) Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde zum 1. Dezember nach Moskau einberufen. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Politischer und Organisationsbericht des Zentralkomitees; 2. Bericht der zentralen Revisionskommission; 3. Bericht der zentralen Kontrollkommission; 4. Bericht der Delegation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Exekutivkomitee der Komintern; 5. Direktiven zur Aufstellung des Wirtschaftsplanes für die nächsten 5 Jahre; 6. Arbeit im Dorfe; 7. Wahl der Zentralen Parteiinstanzen.

Der Vorsitzende der Berufsverbände, Tomski, hielt auf der Leningrader Parteikonferenz eine Rede, in der er sagte: „Unter der Diktatur des Proletariats können zwei, drei oder vier Parteien bestehen, aber nur eine von ihnen wird die Macht haben und die übrigen, die gegen die Partei kämpfen, **gehören ins Gefängnis.**“

Kommunistenverhaftungen in der Türkei

London, 21. November. Bericht der „Roten Fahne“. Die türkische Polizei hat in Smyrna, Adama und Konstantinopel Massenverhaftungen von kommunistischen Arbeitern und Intellektuellen vorgenommen. Insgesamt sollen etwa 200 Personen verhaftet worden sein, **darunter fast alle türkischen Angestellten der sowjetrussischen Handelsvertretung.** Unter den Verhafteten befindet sich ebenfalls der Arzt Schefek Busni, der bereits vor zwei Jahren wegen kommunistischer Propaganda im Abwesenheitsverfahren zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. — Die Freundschaft der russischen Regierung mit der türkischen war bis heute bekanntlich besonders herzlich. Aus diesem Grunde findet die „Rote Fahne“ auch kein Wort des Trostes, die doch bei der KPD. so billig sind. Man hat anscheinend noch keine Befehle darüber, ob man es am Ende doch noch mit einem revolutionären Akt der türkischen Regierung zu tun hat.

Akkumulation der Demokratie

Wie das amerikanische Justizministerium ankündigt, ist die Zahl der Verbrechen in den Vereinigten Staaten im letzten Jahre außerordentlich gestiegen. In amerikanischen Gefängnissen waren am 30. Juni 18 788 Personen untergebracht gegenüber nur 8927 vor zehn Jahren. Das bedeutet eine Zunahme der Verbrechen um 110 Prozent in zehn Jahren gegenüber einem Bevölkerungszuwachs von 20 Prozent.

Die Eroberung des Staates

Wir entnehmen der sozialdemokratischen Presse: Der Haushaltsplan des preußischen Staates für 1928 ist jetzt dem Preußischen Staatsrat zugegangen. Er bringt u. a. eine interessante Uebersicht über die Veränderungen in der Zahl der Staatsbediensteten. Nach dieser Uebersicht ergibt sich gegenüber 1927 ein Mehr an Staatsbediensteten von 2899 und gegenüber 1913 ein Mehr von 71 766.

Von 1913 zu 1928 ist gestiegen: Die Zahl der planmäßigen Beamten um 59 Prozent, die Zahl der Angestellten um 291 Prozent, die Zahl der Arbeiter um 48 Prozent. Dagegen hat sich die Zahl der Hilfsbeamten gesenkt um 32 Prozent, so daß für die Kopfzahl der Staatsbediensteten eine Steigerung verbleibt um 56 Prozent.

Falsche Tscherwonzen

Diesmal sind es nicht mehr die „Agenten Chamberlains“, diesmal ist es Chamberlain selbst, der dem „einzigen Arbeiterstaat der Welt“ eins anhängt; mehr noch: Chamberlains Schieber, der Mann der englischen Politik, der durch seine Kapitalkraft England beherrschende Petroleumkönig, der Präsident der Royal Deutch Shell Co., Deterding selbst ist aus seiner Reserve herausgetreten und hat ein Ding gegen Rußland gedreht.

Wer die „Rote Fahne“ ernst nimmt, muß unbedingt des Glaubens sein, daß die Gegenwart Zeuge ist des größten weltgeschichtlichen Dramas aller Zeiten: Rußland bedroht durch seine Petroleumproduktion den Kapitalismus der ganzen Welt. Die Weltrevolution muß die zwingende Folge sein. Jetzt tritt der mächtigste Mann Europas auf den Plan und druckt falsche Tscherwonzen, um die Weltrevolution zu verhüten, um den Kapitalismus zu retten, um Rußland bankrott zu machen.

Was ist los?

In München wurde ein Georgier verhaftet, ein krimineller Hochstapler, in dessen Koffer man Teil-Klisches fand, die zusammen die Platte für einen Ein-Tscherwonzenschein abgaben. Der Mann hatte in München 1500 Stück im Auslande hergestellte Ein-Tscherwonzennoten gegen 20 000 Mark abgesetzt und in Berlin 500, um sich an Rußland zu „rächen“, weil angeblich seine Familie dort während der Revolution — 1917 bis 1920 — ihr Vermögen losgeworden ist.

Das ist alles.

Natürlich sind des Georgiers Komplizen Hakenkreuzler, und zwar ein Hofrat, ein Doktor, ein kleiner Buchdruckereibesitzer aus Frankfurt a. M., der seine Druckerei zu den vorbereiteten Fälschungen hergegeben hatte und wo man einen Ballen Papier fand, der zur Herstellung von 200 000 Ein Tscherwonzennoten gereicht hätte. Daß es Hakenkreuzler sind, hat seine Ursache nicht nur darin, weil diese Herrschaften das weiteste staatserhaltende politische Gewissen haben, sondern weil diese in Rußland am besten zuhause sind und dort die meiste Protektion genießen, weil sie die Psyche der rußlandreligiösen Fanatiker am besten kennen und weil sie wissen, daß in Deutschland jene Leute nicht alle werden, die alles, was nach Rußland riecht, unbesehen als bare Münze nehmen.

Sehr wahrscheinlich aber ist, daß die russische Regierung an dem Bluff nicht ganz unbeteiligt ist. Dafür spricht der in ganz Europa aufgezogene bolschewistische Presseapparat sofort mit Bekanntwerden der Verhaftung gleichzeitig, mit gleichen Schlagworten, nach demselben System, die Schnorrer als die Werkzeuge Detertings und als einen Schlag gegen die „Sowjetmacht“ hinstellte. An die russische Revolution glaubt niemand mehr, über einen Krieg gegen Rußland lacht jeder, unter den Arbeiterdelegationen finden sich immer wieder Leute, die die Wahrheit ausplaudern, weil sie nicht käuflich sind oder weil man ihnen keinen genügend hohen Kaufpreis zahlt. Warum nicht sollten die falschen Tscherwonzen eine Zeit herhalten?

Und dazu muß man schon mit dem europäischen Kapitalkönig aufwarten, denn an Chamberlain und an die „Agenten Chamberlains“ glaubt auch niemand mehr.

Ws ist nun fällig? Womit läßt sich der religiöse Leninismus noch steigern?

Sie reden die Wahrheit — ihr Handeln ist Verrat

Der Kampf um das nackte Leben.

In der Morgenausgabe vom 17. November bringt der Vorwärts auf der ersten Seite einen Artikel über das Elend der Zigarrenarbeiter, in dem er ausrechnet, daß

die Löhne seit 1913 um 50 Prozent gesunken

sind. In seiner Morgenausgabe vom 18. November, wieder auf der ersten Seite, druckt er einen Artikel ab, den ein in das Eichsfeld gesandter Korrespondent oder ein Angestellter des Tabakarbeiterverbandes geschrieben hat. Der Schreiber hat, wie er berichtet, das Eichsfeld im Auto besucht und berichtet über dieses und insbesondere über die Lage der Zigarrenarbeiter in Heiligenstadt. Was er von dort über das Elend der Tabakarbeiter schreibt, ist so ein erschütternder Notschrei, daß es viele wohl kaum glauben werden.

Der Durchschnittslohn schwankt zwischen 13 und 15,50 Mark wöchentlich!

Aus den vielen geschilderten Elendsbildern nur einige: Eine Familie, Vater, Mutter, neun Kinder von 5 bis 24 Jahren, hausen in einer baufälligen Hütte in fünf Betten in einem Raum. Der Vater ist arbeitsunfähig und lungenkrank, die Mutter verdient sonst mit Heimarbeit, Tag und Nacht zehn bis elf Mark, jetzt ist sie krank. Nur zwei Söhne verdienen ähnliche Löhne. Das nächste: Mutter, Witwe, tuberkulös, ein Sohn Tuberkulose in fortgeschrittenem Stadium. Die Tochter verdient wöchentlich 11 Mark in der Fabrik, zwei Söhne 11 und 8.60 Mark. Von diesen 29 Mark leben sieben Menschen. Weiter: Eine Heimarbeiterin und drei Kinder, ein einziger Raum ist Wohnraum, Küche, Arbeitsraum, alle vier verdienen die Woche 16 Mark. Eine andere Frau: Witwe, 57 Jahre alt, bettlägerig krank. Vier „Kinder“ von 16 bis 27 Jahren verdienen zusammen 18 Mark wöchentlich. Alle sind skrophulös. Die Fenster sind zerbrochen, kaum irgendwelcher Hansrat, fünf Kranke haben drei Betten. — Das Elend ist so fürchterlich, daß sich die Feder sträubt beim Abschreiben.

Proletarisches Notizbuch

Streik im Saargebiet. Infolge der Ablehnung des Schiedsspruchs in der Schwereisenindustrie hat der Streik nunmehr begonnen. Die Arbeiter der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke in Völklingen, Abteilung Hochofen, legten die Arbeit nieder. Ebenso traten die Arbeietr der Blockstraße der Burbacher Hütte in den Ausstand. Man erwartet, daß die übrige Arbeiterschaft der Schwereisenindustrie im Saargebiet sich dem Streik anschließen wird. Es kommen **35 000 Arbeiter in Frage.**

Vor Massenaussperrungen in der englischen Textilindustrie. London, 18. November. Die Verhandlung über die Erneuerung der Tarifverträge in den englischen Webereien, die am 26. November ablaufen, sind gescheitert. Es wird damit gerechnet, daß **250 000 Arbeiter der Webereien ausgesperrt** werden.

Die amerikanische Demokratie. Bei einer Kundgebung der seit einem Monat streikenden Bergwerksarbeiter kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, als die Bergarbeiter versuchten, in das Grundstück einer Bergwerksgesellschaft einzudringen. **Drei Bergarbeiter wurden dabei erschossen** und etwa 20 mehr oder minder schwer **verwundet.**

Die dritte deutsche Arbeiterdelegation ist zurückgekehrt, um die Opposition in der KP. Rußlands und Deutschlands totzureden. Von irgendwelchen Skrupeln über dies schmierige Handwerk ist bei keinem der Delegierten bisher etwas bekannt geworden.

Aus den Wirtschaftsbezirken

München

Die hiesige Ortsgruppe veranstaltete am 12. und 13. November je einen öffentlichen Diskussionsabend, in denen ein auswärtiger Genosse über die Lage in Rußland und die Taktik des revolutionären Proletariats referierte. Trotzdem die Gegensätze in der KPD. hier in Bayern nicht so offen in Erscheinung treten, weil in Bayern bekanntlich die gesamte Arbeitsbewegung unter noch schärferem Druck der Demokratie steht, waren diese Diskussionsabende dennoch ein Erfolg für die revolutionäre Bewegung, wovon auch die Lokal-Abtreibungen durch die KPD. dadurch, daß sie den Lokalbesitzern den Boykott androht, wenn sie ihre Lokalitäten für die KAPD. zur Verfügung stellen, letzten Endes nicht ändern wird. Sie hemmen uns — doch sie zwingen uns nicht, und die Ereignisse in Rußland selbst verschaffen sich auch im alkoholgeschwängerten Bayern Gehör.

Köln

Vorbeigelungene Provokation.

Als am Sonntag, den 13. November 1927 die Arbeiterschaft Kölns erwachte, prangte Köln im roten und weißen Plakatschmuck. Letztere luden ein zu einer öffentlichen Massenversammlung, in welcher der Genosse Sch. über das Thema: **„Der weiße Terror in Rußland. Massenausschlüsse revolutionärer Arbeiter aus der KPD. Rußlands. Trotzki und Sinowjew, ein neuer Fall Sacco und Vanzetti“**, sprechen solte. Darob riesengroße Bestürzung bei der hiesigen B. L. der Knlakenpartei. Generalappell aller Partei- und RFBumm-Mannen und genaue Instruktion zum weißen Terror auch gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft Kölns. Befehl an alle 16 Stadtverordneten, alle Mitglieder der B. L. und an die 271 Mitglieder der Partei und RFBumm, unter kommandomäßigem Ochsengebrüll das Präsidium der Versammlung zu erstürmen.

Bei Beginn der am 15. 11. stattgefundenen Versammlung, zu welcher trotz strömenden Regens einige 5—600 revolutionäre Arbeietr erschienen waren, versuchten die Stalinisten unter Führung ihres ehemaligen Ultra-ultra-ultralinken Fuhrmanns (des jetzigen besten Freundes Thalheimers), durch eine bestellte Geschäftsordnungsdebatte die Versammlung an sich zu reißen. Dieser demagogische Trick blieb dank dem Widerspruch der anwesenden revolutionären Arbeiter wirkungslos, und ehe die Bonzen und ihre Nachbeter es sich versahen, war Genosse Sch. bereits im Referat.

Gespannt und aufmerksam folgten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten. Gen. Sch. zeigte an Hand der KPD.-Presse, der „Inprekorr“ und „Internationale“ auf die Verbrechen der Stalinklique. Die Amnesierung der Konterrevolutionäre und Weißgardisten und die Inhaftierung und Verbannung der revolutionären Arbeiter in Rußland seien die Antwort der erstarkten Bourgeoisie an die Arbeiter. Diese und die weiteren Ausführungen des Referenten schlugen den anwesenden Bonzen in die Knochen und zwar derart, daß sie es wieder mit provokatorischen Zwischenrufen versuchten, welche aber z. T. von den revolutionären Arbeitern und auch einigen Rotfrontleuten zurückgewiesen wurden. Die Bonzen machten immerhin große Augen, als anwesende uniformierte Rotfrontler sie zurechtwiesen mit der Drohung: „Mundhalten, oder ihr kommt an die Luft“! In dieser für die Bonzen mehr als verzweifelten Situation, als der Referent Anklage über Anklage in den Saal schleuderte, rettete der vor einigen Jahren noch als grimmigsterKPD.-Bekämpfer bekannte und damals wenig mit Glücksgütern gesegnete, heute aber wohlbesallter und aufgeblasener KPD.-Stadtverordnete und Hausbesitzer Büser die Situation, indem er aus einer Saalecke heraus mit seiner Ochsenstimme die „Internationale“ anstimmte. Prompt fiel die bestimmte Radaumeute ein. Der Unwille der übrigen ließ sie verstummen, und unter der größten Ruhe konnte der Referent noch etwa eine Stunde sprechen.

Die Ausführungen des Referenten hinterließen einen derartig guten Eindruck, daß die nachfolgenden 4 bezahlten Parteiangestellten nur mit den allergemeinsten Verleumdungen und Anpöbelungen revolutionärer Kämpfer antworteten. Als gar der Redaktur Schneider von der „Soz.-Rep.“ sagte: „Wir werden nicht davor zurückschrecken, Trotzki und Sinowjew und alle Oppositionelle, die unsern Kurs nicht billigen, hinter die Kerkermauern zu bringen“, verließen große Teile der anwesenden revolutionären Arbeiter verekelt den Saal. Nun hatten die Bonzen die Oberhand. Sie reichten eine Resolution ein, welche Stalin das Vertrauen aussprechen sollte. Sie verlangten angesichts der ihnen im Saal verbliebenen Mehrheit eine sofortige Abstimmung, mußten sich aber gedulden, bis Gen. Schw. sein Schlußwort hatte. Genosse Sch. erklärte, da doch die bisherigen Diskutanten nichts sachliches gebracht und auf sein Referat überhaupt nicht eingegangen seien, so erübrige sich das Schlußwort. Die Abstimmung ergab nun eine knappe Mehrheit für die Parteiresolution. Interessant ist, daß vor der Abstimmung die Bonzen die Tische bestiegen, um ihre Schäfchen bei der Abstimmung zu kontrollieren. Auch wurden daher bedeutend mehr Arme zur Abstimmung erhoben als Parteianhänger anwesend waren, weil jeder gleichbeide Arme hochhob. Die Gegenabstimmung zeigte, daß der revolutionäre Kern des Kölner Proletariats mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war.

Grinsend stand der Organisator der Brandlerfraktion in einer Saalecke (es handelt sich um den Internus des Kölner „Sonntag“-Sensationsschmökchens) und sprach zynisch zu einigen Genossen: „So ist's recht. Meine Farktion siegt, ohne daß die Zentristen es merken. In einem Jahre spätestens werden wir sie (Fuhrmann) erledigen.

Beim Abzug der Kölner „Roten Funken“ machte Fuhrmann Pogromstimmung gegen die revolutionären Arbeiter. Er ließ das: „Nieder mit dem revolutionären Gesindel“ mehrmals brüllen. Damit wurde aber nur dokumentiert die innerliche und äußerliche Verkommenheit der bezahlten Stalinisten.

Das revolutionäre Proletariat aber erkennt seine Feinde und wird nicht eher den Kampf gegen sie aufgeben, bis sie dort anlangen, wo sie hingehören, auf den Misthaufen der Bourgeoisie.

Groß-Berlin

Oeffentliche Versammlung.

Eine am 17. 11. 27 tagende öffentliche Versammlung, die von zirka 1000 Arbeitern besucht war, nahm Stellung zu den Vorgängen in Rußland. Die KPD. hatte dem Referenten nichts entgegenzusetzen, vielmehr mußte der zweite Redner der KPD. seinen RFB.-Genossen (wohl aus „taktischen Gründen“) zurückpfeifen, da dieser die Verhaftung der gesamten Opposition forderte. Neben einem Anhänger der Ruth Fischer- und Korsch-Opposition sprachen allerdings die unvermeidlichen Fichtmann-Gestalten wie Ihlenfeld und Stroms und Fichtmann selbst, und demonstrierten zum tausendsten Male ihre Fähigkeiten, Arbeiterversammlungen und die dort behandelten Thematas auf das Nieveau eines Rummels herabzuzerren. Nach energischer Zurückweisung dieser Wassersuppentheoretiker, die in der Organisationslosigkeit den einzigen Ausweg aus dem verfluchten Klassenkampf mit seinen Verpflichtungen für jeden einzigen Kämpfer sehen, wurde die Versammlung in vorgerückter Stunde geschlossen. Die KPD., die vordem schon zwei Versammlungen der Ruth-Fischer-Opposition gesprengt hatte und ankündigte, daß sie in Zukunft jede Arbeiterversammlung, die gegen den „Arbeiterstaat“ Stellung nimmt, unmöglich machen werde, hat es vorgezogen, diesen Versuch zu unterlassen. Es scheint, als ob die Reihen der Stoßtrupps doch nicht mehr ganz zuverlässig sind.

Groß-Hamburg

Margarine — Bolschewismus.

Wir schneiden aus der „Hamburger Volkszeitung“, Organ der KPD. für den Bezirk Wasserkante, folgendes niedliche Inserat aus:

4 redegew. Vertreter gesucht
Schiffbek, Geesthacht, Bergedorf, Harburg
organ. sein K. P. D. u. R. F. B.
Hamburger Margarine-Vertrieb
Hamburg 4, Beim Sprützenhaus 2

Es gibt wirklich noch anständige Unternehmer in der Hindenburg-Republik, die offen dokumentieren, daß Margarine und proletarisches Klassenbewußtsein unzertrennlich verbunden sind. Wenn aber dieser Butter-Ersatz nur die Qualität des marxistischen Surrogats hat, das sich Stalinismus nennt, wird der Fabrikant keinen Blumentopf gewinnen.

Aus der Partei

Die Lehren der letzten Parteikampagnen

(Schluß)

Die Opposition hat sich an die Kontrollkommission gewandt und die KK. hat an den HA. in dieser Sache verschiedene Schreiben gerichtet. Die Körperschaften haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Aufgaben der KK. durch Statut festgelegt sind. Die KK. hatte nichts mit der Kritik der politischen Linie zu tun. Da hat die ZAS. und darüber hinaus der Parteitag zu entscheiden. Die KK. hat zu prüfen, ob der HA. alle Anträge richtig vorbereitet und abstimmen läßt und ob die Führung der Kassengeschäfte richtig erfolgt.

Wir wünschen, daß die KK. prüft, ob der HA. in bezug auf Anträge den Weg eingeschlagen hat, den er gehen mußte im Fall Schwarz. Der HA. hat, soweit es seine Pflicht war, die Genossen im Reich von diesen Dingen in Kenntnis gesetzt. Der HA. hat sich nicht einmal dagegen gewehrt, nachdem schon die Beitragssperre bestand, zu gestatten, daß in Ortsgruppen, die einen Vertreter der Opposition in dieser Frage haben wollten, diese Forderung erfüllt wurde. Aber der HA. kann sich nicht der Auffassung anschließen, daß auch gegen den Willen der einzelnen Ortsgruppen ein Vertreter der Opposition gehört werden muß.

Die Diskussion, die in dem Falle Schwarz gepflogen worden ist, hat am Anfang keine große Höhe gehabt und wurde von der Opposition alles andere als sachlich geführt.

Die Genossen argumentierten oft primitiv und waren sark gefühlsmäßig eingestellt. Zum Beispiel, eins dieser Argumente lautete, was werden die Arbeiter dazu sagen? So zu argumentieren ist primitiv, bedeutet, daß die Partei den marxistischen Standpunkt verläßt. Sie soll sich danach richten, was die Arbeiterklasse sagt. Wir müssen unter Umständen, wenn es von unserem Standpunkt richtig ist, wider den Strom schwimmen. Wir haben sehr häufig gegen die Auffassung großer Arbeitermassen ankämpfen müssen.

Für den Hauptausschuß sowie für die Opposition stand fest, daß die Frage der Mandatsniederlegung eine Zweckmäßigkeitsfrage ist. Schwarz erklärte, daß, wenn er in der gegebenen Situation sein Mandat niederlege, würde er sich wirtschaftlich in die Luft sprengen. Das wurde bestritten und die Opposition ist zu Ministerien gegangen und hat Erkundigungen darüber eingezogen, ob ein Studienrat, wenn er sein Mandat niederlegt, seines Amtes verlustigt geht. Die Erkundigungen lauteten anscheinend für sie befriedigend. Es haben Genossen besondere Aufträge der Partei abgelehnt, weil sie dadurch ihrer Stellung verlustig gehen. Trotzdem haben wir sie nicht infamiert. Es kann Umstände geben, wo man keine Rücksicht nehmen kann, und das anfeuernde Beispiel zur Aktion werden kann. Das wird auch von uns nicht bestritten.

Der Genosse Schwarz erklärte, daß er wie bisher von seinen Diäten keinen persönlichen Gebrauch machen wolle und sie deshalb der Bewegung bedingungslos zur Verfügung stelle. Eine Annahme der Diäten soll auch abweichend von der grundsätzlichen Linie sein und zur Korruption führen. Ganz davon abzusehen, daß die Partei schon in ganz anderen Formen Geld genommen hat, ist es Demagogie zu sagen, der HA. verzichtet auf die EL. Genossen, wenn er nur die Diäten bekommt. Gewiß, die Partei kann nicht so ohne weiteres Geld annehmen. Sie hat zu fragen, woher und wie!! Bekommen wir eine finanzielle Hilfe um Verpflichtungen einzugehen, oder der Sympathie wegen? Das ist die Frage, die wir zu stellen haben. Wir haben dem Genossen Schwarz erklärt: Wir können Deinen Standpunkt in der Nichtniederlegung verstehen, wenn Du als Sympathisierender uns Deine Kraft zur Verfügung stellen willst, nehmen wir sie an, wir werden unsere Kritik aber nicht richten nach Deiner finanziellen Unterstützung, sondern nach Deinem praktischen Verhalten. Die Opposition verlangte in der „KAZ.“ eine sachliche Kritik des Falles Schwarz. Was sachliche Kritik ist, zeigt die verleumderische Behauptung, daß die Partei politisch an einen Parlamentarier und die Zeitung an einen Drucker verkauft sei. Ueber den letzten Punkt wird dem ZAS. noch Mitteilung gemacht werden, sie hat aber mit der Frage Schwarz nichts zu tun. Ebenso unwahr ist es, daß Schwarz für den Hauptausschuß ins Reich fährt. Wir haben erklärt: Du kannst an der Presse mitarbeiten, wie jeder andere Sympathierende, aber nicht im Auftrag der Partei ins Reich fahren. Wo dies trotzdem geschah, so nur auf Grund besonderer Anforderungen der Ortsgruppen, wie Leipzig, oder dort, wo Gruppen auf besondere Anforderung zu bestimmten Zwecken es verlangten. Was die sachliche Linie der literarischen Mitarbeit des Gen. Schwarz anbetrifft, so ist, abgesehen von einigen persönlichen Bemerkungen, ein Protest gegen eine Mitarbeit an der Zeitung nicht erhoben worden, weil solche Mitarbeit durch die Pressekommission geprüft wird. Durch die Mandatsniederlegungsfrage sind wir im Laufe der Debatte von der Zweckmäßigkeit auf die grundsätzlichen Motive unseres Antiparlamentarismus gekommen. Man hat sich diese Sache sehr einfach gemacht. Wir sind nicht deswegen gegen das Parlament, weil die Parlamentarier Diäten bekommen, — „der Diätenschlucker ist ein Schuft!“ Das hat mit dem Wesen unseres Antiparlamentarismus nichts zu tun. Unser Antiparlamentarismus basiert auf zwei Erkenntnissen: Nämlich ausgehend von dem Satz, das die Befreiung der Arbeiterklasse nur ein Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, muß die Befreiung die revolutionäre Tat der Klasse und nicht der Tribünen sein. Die parlamentarische Taktik biegt die Ideologie der Selbstbefreiung durch Massenaktionen und verlegt die Entscheidung ins Parlament. Nicht mehr der Betrieb und die Straße sind die Walstatt, sondern das Parkett der Parlamente, nicht mehr die revolutionäre Aktion, sondern der politische Kuhhandel entscheiden. Diese Auswirkung ist konterrevolutionär. Eine wichtige Grundregel des Marxismus ist, daß die Befreiung ein revolutionärer umwälzender Prozeß, ein mit wechselnden Erfolgen geführter Kampf der empörten Massen gegen die bestehende Ordnung ist; parlamentarische Tätigkeit schiebt diesen Grundsatz beiseite. Der Parlamentarismus steht seinem ganzen Wesen nach zur Massenaktion im Gegensatz. Es wäre interessant zu zeigen, wie weit diese Entwicklung auch vor dem Kriege gewesen ist. Selbst die periodisch wiederkehrende Wahlpropaganda ist keine eigentliche Aktion, sondern nur ein Wahlfieber, das allerdings agitatorische Aufklärungsmöglichkeiten bietet. Die Möglichkeiten können von parlamentarischen Parteien nicht einmal ausgenutzt werden. Um nun bei den Wahlen Erfolge zu erzielen, werden den Massen Versprechungen gemacht. Die Prinzipien werden nicht aufgerollt, um die Möglichkeit einer Koalition mit den anderen nicht zu zerstören. So soll der Wahlkampf den wirklich revolutionären Klassenkampf ersetzen. In der proletarischen Revolution ist der Sieg nur gewährleistet durch Aktion der Klasse. Der Parlamentarismus setzt anstelle des Klassenkampfes die Fraktionsarbeit. In der heutigen Situation, wo die entscheidende Stunde gegeben ist, hat alles eine viel weitergehende Bedeutung als jemals der Vorkriegszeit. Das sind ein paar Gründe, auf denen unser Antiparlamentarismus basiert. Die Erledigung des Falles Schwarz als eine Zweckmäßigkeitsfrage läßt darum unsere grundsätzliche Stellung als Antiparlamentarier unberührt und ist auch kein Abweichen von der klaren Linie.

Wenn die Liquidierung der EL. uns nicht den erhofften Zufluß an neuen Mitgliedern gebracht hat, wenn aber dadurch unsere grundsätzliche Einstellung und unsere grundsätzliche

„Rasputin“

I.

Die Weltkugel, in die die Drehbühne verwandelt ist, auf der die Weltgeschichte in Filmbildern lebt, vermag, trotzdem diese Filme gejagt werden wie ein Erdbeben, und oft drei, vier durch- und nebeneinander kurz aufschreien, nicht alles zu sagen, was in Wirklichkeit ist. Und wenn dann hin und wieder der Deckel aufspringt und auf offener Szene Menschen erscheinen, so ist das wie eine Erlösung der fluchbeladenen Erde, so, als wollte sie sprechen, als könnte sie nicht stumm bleiben. Das alles ist nur als Richtung, als Gedanke zu werten. Er zeigt, welche Möglichkeiten erschlossen werden können, Geschichte sprechen zu lassen, und ist für das revolutionäre Proletariat insofern von Bedeutung, das es ihm zeigt, wie die Bourgeoisie ängstlich ihre eigene Geschichte versteckt, und gesellschaftliche Probleme mit faden Episoden zudeckt. Auf diese Weise, wie Piscator hier zupackt, können einmal die Archive der kapitalistischen Klasse und ihre Verbrechen offengelegt und popularisiert werden. Und das siegreiche Proletariat wird in dieser Richtung noch größere Möglichkeiten und noch viel umfangreichere Mittel zur Verfügung haben.

II.

Piscator spricht von seiner Bühne als von einem politischen Theater, und das ist sie auch. Nur ist damit allein nicht der Nagel auf den Kopf getroffen. Seine Tendenz prägt das als Wahrheit, was heute noch von den Theaterbesuchern und der Presse, auf die er angewiesen ist, als Wahrheit genehm ist. Die „Wahrheit“ muß sich mit dem Geschäft irgendwie vertragen.

III.

Das macht Piscator so: Der Soff- und Hurenmensch Rasputin, der Nikolaus II., der Wilhelm II., der Franz Joseph und so fort, sind heute alle tot. Sie werden von der Bourgeoisie selbst jeden Tag von neuem totgeschlagen. Nur besorgt das Piscator rücksichtsloser, gründlicher, ohne irgendwelche Hemmungen. Wenn man so darüber nachdenkt, welche Menschen noch vor einigen Jahren Millionen zum gegenseitigen Halsabschneiden hinausjagten, bekommt man doch immer wieder das Grausen — denn es ist im Grunde ja doch nicht anders geworden. Nur die in ihrer eigenen Dummheit, Degeneration, Größenwahn, Soff und Syphilis verfaulten Kronen- und kirchlichen „Würdenträger“ sind dazu vermodern und unbrauchbar geworden. Die völlige Erledigung dieses Gesindels läßt man Piscator machen. Die Proletarier jubeln, und die Bourgeoisie schweigt. Laßt ihn! Einer muß es einmal sein, und die Arbeiter lieben den Radikalismus! Es wäre noch über die besondere Art zu reden, doch das ist teils eine Sache schauspielerischen Könnens, teils die Sprache, die angewandt wird. Das erstere ist wohl in der Hauptsache die Tatsache, daß die Darsteller selbst innerlich bei der Sache sind, sonst könnten z. B. Wegener niemals einen so urwüchsigen, versoffenen, bauernschlauen und sich seiner völligen Ueberlegenheit bewußten kraftstrotzenden Lumpen zustande bringen, der neben dem erlauchten Gelichter noch sympathisch und als einzige natürliche Erscheinung der russischen Adelsbande wirkt. Und auch die anderen nicht die innere Fäulnis einer „Gesellschaft“ wiederspiegeln, die dann schon krepiert, wenn sie von einem einzigen frischen Windhauch erreicht werden. Das zweite ist, daß Piskator sich mit der deutschen Sprache, das heißt in den sprachlich zulässigen Grenzen nicht begnügt, und auch beweist, daß man in „gebildeten“ Formen das nicht immer sagen kann, was man sagen muß. Und wenn inmitten von Granatenhagel, Leichenhaufen und stinkendem Patriotismus aus dieser Weltkugel ein Deserteur herauswächst, sich wild umsieht, und hinausschreit, was Millionen denken: „Leckt mich am Arsch mit euerm Krieg“, so beweist schon die elementare Auslösung des Beifallsturms, daß es in der deutschen Sprache eben keinen anderen Satz gibt, der eine gegebene Situation und die daraus zu zeigenden Folgerungen für das Proletariat hätte ausdrücken können. — Hätten die Proleten an Stelle theoretisierender Weisheiten doch oft nach ihrem Kutscherdeutsch gehandelt, würden sie nur auch heut diese Sprache finden und danach handeln: sie kämen weiter.

IV.

Piscators erstes Stück: „Hoppla, wir leben“! läßt bekanntlich die Revolution zuletzt zum Strick greifen. „Rasputin“ zeigt einen Ausweg. — Aber hier schwindet dem Manuskript die Wirklichkeit unter den Füßen. Wir sehen davon ab, daß der, der die Revolution, und sei es auch eine „deutsche“, nicht miterlebt hat, nicht das innere Feuer mitbringen kann, was zu einer Darstellung von Arbeiter- und Soldatenräten revolutionärer Tendenz gehört. In diesen Bildern ist man versucht, sich selbst zur Geschäftsordnung zu melden, um mit einzugreifen. Lenin erscheint neben Trotzki recht menschlich, und wie lange wird es dauern, dann sitzt derselbe Trotzki im Gefängnis, der hier als Held auftritt? Oder er wird ausgepfiffen? Gewiß kann das ein Piskator, der nicht nur inszeniert, sondern auch das Manuskript behobelt, nicht wissen, dazu ist er zu sehr „Wirklichkeitsmensch“. Aber die Wirklichkeit für die proletarische Politik is kein billiger Opportunismus, es ist der Kampf um die Wahrheit über den Weg, der beschritten werden muß. Wenn daher am Ende der „Ausweg“ gezeigt ist, der „Sozialismus“ der russischen Regierung, und Lenin als der Führer dorthin noch einmal die wankende KPR. zusammenreißen soll, so braucht man sich nicht wundern, wenn die Bourgeoisie zu diesem „Ausweg“ herablassend nickt. Diesen „Sozialismus“ läßt sie sich gern gefallen. Hier wird die Wahrheit zur Unwahrheit, weil die Dialektik der werdenden Geschichte erlebt werden muß, weil die geschichtliche Wahrheit über Lenin, über den russischen „Sozialismus“ hinweggegangen ist. — Wir lernen von Piskator nicht nur, wie das revolutionäre Proletariat die „göttliche“ Ordnung des Kapitalismus in ihren verschiedenen Variationen totschlagen muß, sondern, wenn es die Mittel dazu hat, auch den Leninismus, für den das politische Theater am Nollendorfplatz Propaganda macht.

Vor dem Antlitz des Lebens

Von Maxim Gorki.

Vor dem strengen Antlitz des Lebens standen zwei Menschen, beide mit dem Leben unzufrieden.

„Was erwartet ihr von mir?“ fragte das Leben.

Und der eine antwortete mit müder Stimme:

„Erbittert bin ich durch deiner Widersprüche Grausamkeit; vergeblich bemüht sich mein Verstand, den Sinn des Daseins zu begreifen, von dunklem Zweifel an dir ist mir die Seele erfüllt.

Meine Selbsterkenntnis sagt mir zwar, der Mensch sei das beste aller Geschöpfe, aber trotzdem bin ich unglücklich! . . .“

„Was verlangst du denn von mir?“ fragte das Leben gleichmütig.

„Glück! . . . Und zu meinem Glück ist es nötig, daß du zwei mächtige Gegensätze in meiner Seele in Einklang bringst: mein „ich will“ mit deinem „du mußt“.

„Wünschen darfst du es“, sagte streng das Leben.

„Nicht will ich dein Opfer sein!“ rief der Mensch. „Herrschen will ich, du aber zwingst mich, meinen Nacken unter das Joch der Gesetze zu beugen.“

„Sprecht einfacher!“ rief ihm der andere zu, der näher dem Leben stand, aber der erste fuhr fort, ohne der Worte des Gefährten zu achten:

„Nach Freiheit verlangt es mich, im Einklang mit meinen Wünschen will ich leben. Weder Bruder noch Diener meines Nächsten mag ich sein, nur weil es das Pflichtgefühl so heischt! Nur das will ich sein, was ich frei begehre! Sklave oder Bruder! Nicht der Stein will ich sein, dessen sich die Gesellschaft bei der Errichtung des Kerkers ihres Glücks bedient. Ich bin ein Mensch, bin der Geist, der Verstand des Lebens! Frei muß ich sein!“

„Halt ein!“ sprach das Leben mit grausamem Lächeln. „Du hast genug gesagt, was du noch sprechen könntest, ist mir bekannt. Frei willst du sein? Wohlan! Kämpfe mit mir, besiege mich und sei mein Gebieter. Dann werde ich dein Sklave sein! Du weißt, ich habe keine Leidenschaft und habe mich den Siegern stets gleich ergeben. Doch siegen mußt du! Bist du fähig, um deiner Freiheit willen einen Kampf mit mir zu führen? Bist du stark genug, zu siegen und glaubst du an deinen Sieg?“

Traurig entgegnete der Mensch:

„Du hast mich in den Kampf gegen mich selbst getrieben, hast den Verstand mir wie einen Dolch geschärft, der sich in meine Seele bohrte und ihre Kraft zerstörte.“

„Sprecht strenger mit dem Leben, klagt nicht!“ rief der Gefährte.

Aber der erste fuhr fort:

„Ich will mich von deinem Zwang erholen, laß mich das Glück genießen!“

Und wieder entgegnete das Leben mit einem Lächeln, das dem Glanze des Flachses glich:

„Sag' einmal, verlangst du oder bittest du, wenn du so redest?“

„Ich bitte!“ antwortete der Mensch wie ein Echo.

„Du bittest wie ein Gewohnheitsbettler, aber das Leben gibt keine Almosen! Das lasse dir gesagt sein, Aermster! Ein freier Mensch bittet nicht, er nimmt sich meine Gaben selber . . . . du aber bist nur ein Sklave deiner Wünsche . . . . Frei ist nur der, wer stark genug ist, auf alle Wünsche zu verzichten, um in einem einzigen aufzugehen! Verstehst du mich?! Und nun kannst du gehen!“

Er hatte verstanden und fügsam wie ein Hund legte er sich zu Füßen des gleichmütigen Lebens, um still die Brocken aufzusammeln, die von dem Tische herunterfielen.

Da blickten des strengen Lebens farblose Augen zu dem anderen Menschen auf, dessen Antlitz rauh und streng aussah.

„Worum bittest du?“

„Ich bitte nicht, ich fordere.“

„Was denn?“

„Gerechtigkeit. Wo ist sie? Gib sie her. Gerechtigkeit brauch' ich jetzt, das andere will ich später selbst mir nehmen. Ich habe lange genug mit Geduld gewartet, hab in harter Arbeit ohne Rast und Licht gelebt. Nun will ich nicht länger harren. Zeit ist's, zu leben! Wo ist Gerechtigkeit?“

Gleichmütig erwiderte ihm das Leben:

„Hier ist sie, — nimm sie hin!“ —

Stellung zum Parlamentarismus hieb- und stichfester in der Gesamtorganisation gestaltet wird, dann ist das ein Gewinn, der auch nicht zu unterschätzen ist.

Der ZA. hat nun die Pflicht, in dieser Frage entscheidende Beschlüsse zu fassen. Der HA. hat sich hinter die Beschlüsse der Berliner Organisation gestellt, weil sie seiner Auffassung entsprechen. Ich will nochmals betonen, daß der HA. auf dem Standpunkt steht, daß der Fall Schwarz nun von der ZA. erledigt werden muß, das Verhandlungsmöglichkeiten nur gegeben sind, wenn die Beitragssperre bedingungslos fällt, daß die Beschlüsse der ZA. in allen Fragen für alle Genossen gelten, die jetzt bei der Organisation sind, also auch für diejenigen, die später wieder zu ihr kommen. Der HA. steht auf dem Standpunkt, daß die ZAS. heute unbedingt Sonderbeschlüsse fassen muß, daß es in der Organisation nicht wieder vorkommen darf, daß zur Erledigung organisatorischer Beschlüsse zu den Mitteln der Beitragssperre gegriffen wird, daß solche fraktionellen Treibereien in Zukunft verhindert werden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß innerhalb der Organisation eine weitgehende Möglichkeit gegeben ist, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen und eventuell durchzudrücken. Aber diese fraktionelle Arbeit sind leninistische Methoden, die in unserer Organisation niemals wieder am Platze sein dürfen. Der ZA. muß erklären, daß diejenigen Ortsgruppen im Reiche, die trotz aller Beschlüsse auf dem Standpunkt der Beitragssperre bestehen, so behandelt werden müssen, wie die Opposition selbst. Der HA. glaubt, daß dies das Fazit sein muß, wenn wir zur praktischen Arbeit für die Zukunft kommen wollen.

Aus der Internationale

Hermann Gorter zum letzten Gruß

Das Novemberheft der Monatsschrift des antiparlamentarischen Kommunismus in England „The Commune" bringt einen längeren Gorter-Gedenkartikel vom Genossen Canne-Meijer-Amsterdam, auf den wir hier zurückkommen wollen. Vieles aus dem Lebensgang des alten Kämpfers ist durch die verschiedenen Nekrologe in unserer Presse schon bekannt und braucht deshalb nicht nochmals erwähnt werden. Immerhin ist noch charakteristisch für das Ende dieses aufrechten Revolutionärs, daß er seine letzten Stunden im Brüsseler Hotel nicht nur zur Disposition über seinen literarischen Nachlaß verwandte, sondern auch strikte Anweisung gab, daß niemand an seinem Grabe sprechen sollte. Einfach und wahrhaft wie im Leben ist Gorter sich im Tode treu geblieben.

Der Kampf mit dem Instanzenkurs.

Bemerkenswert bleibt, daß Gorter schon nach kurzer Wirksamkeit in der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei Hollands während der neunziger Jahre als bedeutender Sprecher des Marxismus mit dem Parteioffizösentum in Konflikt geriet. Das sozialdemokratische Organ „Het Volk" zog am Strang des Instanzenkitsches aller Länder, der im revolutionären Marxismus eine Gefahr für das reformistische Strebertum witterte und deshalb auch Gorters Auffassung vom Sozialismus nach bekannter Manier als einen schönen Traum hinstellte. Auch in der holländischen Partei wurde jene „Realpolitik" immer ausgeprägter, die den Kampf der proletarischen Masse im Namen des Sozialismus niederhält. Unermüdlich setzte Gorter den Arbeitern diesen Verrat auseinander. Mit dem wachsenden Einfluß des Marxismus mußten sich die Richtungskämpfe in der SDAP. Hollands verschärfen, bis die marxistische Gruppe 1909 ausgeschlossen wurde. In den Jahrgängen der „Neuen Zeit" haben Roland-Holst und andere diese Differenzen wiederholt eingehend dargestellt.

Es entstand die Sozialdemokratische Partei Hollands. Gorter war in ihren Reihen und verfaßte die Schrift über Marxismus und Revisionismus, die die Revisionisten als Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft entlarvt.

Nicht Burgfrieden, sondern Klassenkrieg!

Bis zum Ausbruch des Weltkrieges stand diese Partei in klarer Front gegen den Revisionismus. Dann schwenkten die Führer Wynkop und Ravensteyn in die reformistische Linie ab und versuchten die ententefreundliche syndikalistische Organisation Hollands als Stimmvieh vor ihren Wagen zu spannen. Wynkop und Ravensteyn waren später die treuesten holländischen Stützen der Komintern gegen die westeuropäische Linke, die sich um die KAPD. gruppierte und haben inzwischen, wie Paul Levi, weil ihnen die Liquidation des revolutionären Klassenkampfes hier nicht rasch genug ging, auch schon den Schritt über Moskau hinaus getan.

Aber Hermann Gorter blieb dem internationalen Klassenkampf treu. Seine Schrift „Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie" zeigt den Arbeitern, daß ihr Klasseninteresse nicht an den Sieg einer der beiden Machtgruppen gekettet ist. Indem das Proletariat den Krieg den Sozialismus entgegensetzt, führt es den unversöhnlichen Kampf gegen alle Imperialisten bis zu ihrer Vernichtung.

Die Tragik der russischen Revolution.

Natürlich war Gorter dann auch ein enthusiastischer Verteidiger der russischen Oktoberrevolution. Aber er begriff den Doppelcharakter dieser großen Bewegung, die nur als Weltrevolution siegen konnte oder auf ihren Ausgangspunkt zurückrollen mußte. Darum galt es, alle proletarischen Kräfte für die Weltrevolution in Bewegung zu setzen. Gemeinsam mit Pannekoek versuchte Gorter das Wesen und die Triebkräfte der russischen Revolution darzulegen, die teils eine proletarische und teils eine bäuerliche, d. h. eine kapitalistische war.

Die Bauern forderten Privateigentum und Bodenaufteilung. Gegen 10 Millionen Arbeiter, die den Sozialismus wollten, standen 100 Millionen Bauern mit kapitalistischer Ideologie. Wenn die Weltrevolution diesen 10 Millionen Proletariern zur Hilfe kam, konnte die russische Arbeiterklasse zu einem mächtigen Faktor für die proletarische Weltbefreiung werden. Blieb aber die Hilfe des internationalen Proletariats vorläufig aus, so mußten die Klassenverhältnisse in Rußland zu einer neuen kapitalistischen Aera führen und Rußland wird vom Zentrum der Weltrevolution zum mächtigen Bundesgenossen des Weltkapitals und damit in kapitalistischer Front zum Hemmschuh des Klassenkampfes.

Gegen den Leninismus!

Auf dem denkwürdigen dritten Kongreß der Komintern kämpfte Gorter für die Auffassung der KAPD. Lenin hatte sich bereits auf den Rückzug zum Kapitalismus festgelegt. Seine Schrift über die „Kinderkrankheiten" war die Rechtfertigung für den Ausschluß der revolutionären Elemente und die Phrase von der Einheitsfront stellt die Brücke zur kapitalistischen Politik dar. Gorters „Offener Brief an Lenin", der jetzt im Zeichen des russischen Oktober-Jubiläums geradezu unheimlich aktuell ist, gab dem Leninismus die Antwort. Sein meisterhaftes, von der Geschichte gerechtfertigte Darstellung zeigt, wie Lenins Taktik den russischen Oktober niederwirft, damit die Weltrevolution hinausschiebt und neue Leiden über das internationale Proletariat bringt.

Gorter begründete auch die von den westeuropäischen Klassenverhältnissen die Taktik der Linken gegen Lenins kapitalistischen Methoden, gegen den Rückzug in die bürgerlichen Parlamente und in die wirtschaftspolitischen Gewerkschaften, gegen die bolschewistische Diktatur über das Proletariat und die Flucht auf den Boden der kapitalistischen Legalität. Gorter zeigt, wie jede Periode des Klassenkampfes ihre eigenen Gesetze hat und ihre eigenen Kräfte zur Entfaltung bringt.

Die Betriebsorganisationen als der Mittelpunkt des proletarischen Klassenkampfes sind nicht von Theoretikern entdeckt oder „eingeführt" worden, sondern aus dem Kampfe der Arbeiter entstanden als Ausdruck der Erkenntnis, daß die vom Proletariat selbst gebildete parlamentarisch-gewerkschaftliche Organisation sich nunmehr gegen jede proletarische Aktion richtet. So ward die B. O. jene Form, wo die proletarische Kraft ein Ventil fand. Die Taktik der Linken war von den Arbeitern selbst begründet worden.

Gorter zeigt die tieferen Zusammenhänge dieser Erscheinung und weist im „Offenen Brief" nach, daß es sich hier nicht um eine zufällige Verirrung, sondern um den unvermeidlichen Ausdruck des Klassenkampfes selbst handelt.

Niederbruch und Aufstieg.

Die Polemik Gorters deutet verschiedentlich darauf hin, daß Lenin den westlichen Kapitalismus nicht verstände und deshalb auch in der Taktik irrte. Die Zeit aber hat uns darüber belehrt, daß Lenin die kapitalistischen Methoden in voller Kenntnis der westeuropäischen Verhältnisse anwandte, um mit den großen Arbeitermassen der industriellen Länder, gleich in welcher ideellen Verfassung sie gerade waren, unverzüglich Hilfe für Rußland zu holen. Aller gegen solche Taktik gerichtete Widerstand mußte gebrochen werden und deshalb wurden die linken Elemente ausgeschlossen.

Auch in England ist diese Politik Lenins wohl verstanden worden, als „The Commune" im Juni 1923 schrieb: „Wir kann die KPE. in einer Front mit Führern bleiben, die augenfällig auf den Sturz der Arbeiterrepublik hinarbeiten? Erneut verlangen wir wirkliche Einheit, tatsächlichen Zusammenschluß aller Kommunisten Großbritanniens in einer Partei, die im direkten Gegensatz zu den Verrätern der Labour Party steht. Wir wollen uns vereinigen gegen und nicht mit den Menschewisten!"

Gorter half mit Anton Pannekoek an der Schaffung der Theorie der neuen proletarischen Bewegung. Das Proletariat allein ist die einzige Kraft der Arbeiter-Revolution. In Kampf und Aufklärung muß es zu Klassen- und Kraftbewußtsein erzogen werden. Deshalb hinweg mit dem Parlamentarismus, der ein Sicherheitsventil der bürgerlichen Klassengesellschaft darstellt und die proletarische Aktivität von ihrer wirklichen Klassenaufgabe ablenkt! Deshalb hinweg mit den Gewerkschaften, die den wirtschaftlichen Parlamentarismus verkörpern!

Gorter prophezeite den Zusammenbruch der 3. Internationale und die Wiedergeburt und den Sieg des Kommunismus nach dem russischen Verrat. — Wir knüpfen an diese anzugsweise Wiedergabe des Artikels unserer holländischen und englischen Kampfgenossen die Hoffnung, daß die Zeit nicht mehr fern sein möge, wo eine allseitige Darstellung von Hermann Gorters politischem Wirken, offen in seiner Stärke und Schwäche der Arbeiterklasse ein Kapitel proletarische Geschichte in die Hand gibt, wo unerschütterliche Treue und beispielloser Opfermut, wo revolutionäre Kühnheit, kritischer Geist und brüderliche Hilfe an einem Wendepunkt des Klassenkampfes steht.

Gr. öffentl. Versammlung

am Donnerstag, dem 24. November 1927, abends 7,30 Uhr, Pharussäle, Müllerstraße.

Thema:

Lohnbewegung der Metallindustrie und die Schlichtungsmaschine. Was ist zu tun?

Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands, 3. Unterbezirk.

Wirtschaft

Es kriselt in Amerika

Zusammenbrüche — Produktionseinschränkung.

Die Stahlproduktion der Vereinigten Staaten ist seit dem 1. Juli d. J. um rund 25 Prozent zurückgegangen. Die Automobilherstellung ist trotz erhöhter Ausfuhr ebenfalls um rund 25 Prozent zurückgeblieben. Da der Anteil des Minderverbrauchs der Automobilindustrie an der Gesamtstahlerzeugung der USA. nur rund 4 Prozent beträgt, so deutet die starke Einschränkung der Stahlproduktion auf eine ziemlich fortgeschrittene Absatzkrise hin. Das kommt auch zum Ausdruck im Absatz von Roh- und Gießerei-Roheisen, der ebenfalls soviel zurückging. Der Minderverbrauch in Eisen und Stahl für die Produktion von Produktions- und Konsummitteln für den Inlandsmarkt ist in Wirklichkeit noch viel größer, da die Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr gesteigert ist und die Bankkonjunktur eine gute war.

Der sichtliche Ausdruck für die hereinbrechende Krise ist neben den stark ansteigenden Arbeitslosenziffern der Zusammenbruch recht bedeutender Eisen- und Stahlwerke. Im Oktober setzte es ein. Die recht bedeutenden Hüttenwerke Brown, Rogers Co. schlossen als erste ihre Pforten. Am meisten Aufsehen hat wohl der Konkurs des bedeutendsten unabhängigen Drahtwerkes, der Wickwire Spencer Steel Co. mit Werken in Buffalo und am Niagarafall erregt, da die Gesellschaft mit 22 Millionen Dollar kapitalisiert war. Die Verbindlichkeiten sollen nicht weniger als 43 Millionen, die Aktiva 29 Millionen Dollar betragen. Weiter wird der Konkurs der großen Eisengießerei Canton Steel Foundry Co., Canton Ohio, gemeldet, deren Verbindlichkeiten bedeutend, deren Aktiva verschwindend sind. Die Ohio Body Co., Cleveland ist ebenfalls in Konkurs geraten und weiter noch die Dennison Alloy & Steel Castin Co., Dennison Ohio, mit 3 Millionen Passiva und 1 Million an Aktiva, ein Unternehmen, das einen guten Ruf als Edelstahlwerk genossen hat. Schließlich befindet sich noch die Newton Steel Co. in Youngstown in Schwierigkeiten. Endlich ist noch der Konkurs der Locomotive Crane Co. of America in Chattanooga 111 zu melden, das ein sehr gut bekanntes Unternehmen war.

Wenn auch anzunehmen ist, daß der Zusammenbruch von fast ein Dutzend recht bedeutender Eisen- und Stahlwerken nicht ausschließlich auf den Konsumrückgang zu buchen ist, sondern ein Teil der Produktion von andern Werken übernommen wird, daß heißt, daß die Abgewürgten Rationalisierungsopfer sind, so zeigt die Produktionseinschränkung von 25 Prozent doch, daß die Krise im Anmarsch ist. Die amerikanische Presse schätzt die Arbeitslosenziffer alleine für die industriellen Weststaaten auf über zwei Millionen. Für den gesamten amerikanischen Kontinent dürfte eine Arbeitslosenziffer von vier Millionen eher zu niedrig als zu hoch geschätzt sein.

Man wird nun fehl gehen, wenn man die Arbeitslosenziffer Amerikas während der Hochkonjunktur mit einer Million als reichlich ansetzt. Die drei Millionen Arbeitslosen, die in Europa durch die „Konjunktur" in den Produktionsprozeß kamen, sind also in Amerika gut und reichlich aufs Pflaster gesetzt worden. Die europäische „Konjunktur" ist also immer noch weiter nichts anders als eine Verschiebung des Schwergewichts der Weltwirtschaftskrise, in der sich der Kapitalismus befindet und aus der es keinen Ausweg gibt.

Auf der andern Seite kann nicht geleugnet werden, daß durch die Einsetzung der amerikanischen Goldmilliarden Produktion und Konsum gestiegen sind. Umsomehr fällt es aber auch ins Gewicht, daß die Arbeitslosigkeit im Weltmaßstab nicht nur nicht gesunken, sondern noch gestiegen ist. Im Zeitalter der Rationalisierung produziert der Kapitalismus die Bedingungen seines Unterganges noch schneller als während seiner emporsteigenden Blüteperiode.

Die Großen fressen die Kleinen.

Die amerikanische F. W. Woolworth Co. wird, wie Präsident Parsons mitteilte, Ende dieses Jahres in den Vereinigten Staaten, Kanada und Kuba insgesamt 1585 Einheitspreisläden im Betriebe haben, gegen 1480 Ende 1926 und 1423 Ende 1925. In England werden Ende d. J. 300 und in Deutschland 8 Läden eröffnet sein.

Moderne Maschinenstürmer.

Der Streik der fast 100 000 amerikanischen Steinkohlenbergarbeiter ist nach fast siebenmonatigem heroischem Durchhungern zusammengebrochen. Dank der „Solidarität" der internationalen Gewerkschaften. Die Elemente aus der vordersten Reihe sind draußen geblieben, während das Gros vom Hunger und durch Streikbruchkohle auf die Knie gezwungen wurden.

Jetzt kommen die Unternehmer von neuem mit ihren Absichten. Sie erklären, daß es ohne eine bedeutende Lohnherabsetzung und ohne radikale Modernisierung der Technik nicht geht. Die Bergarbeiter wieder sehen, daß die Einführung von Maschinen, d. h. die Produktionssteigerung für sie von neuem die Hungerpeitsche bedeutet, für viele dauernd. Und so richtet sich jetzt ein grimmiger Guerillakrieg der geschlagenen Grubensklaven gegen die Einführung von Maschinen. Eine stille aber hartnäckige Sabotage hat eingesetzt. Ein großer Teil der Arbeiter ist ständig mit Abräum- und Reparaturarbeiten beschäftigt. Die Arbeiter in ihrer Isoliertheit — verlassen von der Klassensolidarität — handeln richtig, denn ihnen gegenüber steht das riesigstarke Kapital, verbündet mit den Gewerkschaften. Dieser Vorgang aber beweist so richtig die Rückständigkeit der veralteten syndikalistischen Kampfmethode.

Stagnation in Italien.

Die staatlich angeordneten Lohnredaktionen, die angeblich gegen die Arbeitslosigkeit gerichtet waren, haben — selbstverständlich — das Gegenteil bewirkt. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Die Unternehmer machen sich gar nichts aus der ihnen gesetzlich zugestandenen Arbeitszeitverlängerung. Es fehlt der Absatz, der durch die Lohnkürzungen — selbstverständlich — noch zurückgegangen ist.

Wohl hat das gutorganisierte, regierende Großkapital seine Profitrate erhöhen können. Einen Vorsprung erhielt es noch durch die Abwertung und Stabilisierung. Die Wirtschaftslage insgesamt aber stagniert auf einer ziemlich niedrigen Stufe der Depression. Die Zusammenbrüche von Fabrik- und Handelsunternehmen haben eine starke Zunahme in diesem Jahre erfahren. Einem Monatsdurchschnitt von 602 im Jahre 1925 und 654 im Jahre 1926 steht ein Monatsdurchschnitt von 765 in diesem Jahre (Januar-September) gegenüber. Das Kapital der Aktiengesellschaften, das im Jahre 1925 um 4 Milliarden, 1926 um 4 Milliarden zunahm, ist vom Januar bis September 1927 nur um 1,35 Milliarden Lire zugenommen. Die hauptsächlichsten Bankoperationen sanken gleichzeitig in progressiver Linie. Diskonte von rund 10 Milliarden monatlich in der ersten Jahreshälfte 1926 auf 7 Milliarden im September 1927, Vorschüsse von rund 3 auf 1,2 Milliarden, Schulden auf Sicht von über einer Milliarde auf 669 Millionen. Die Zunahme der zinstragenden Kontokorrentanlagen von 1 Milliarde auf 2,675 Milliarden sagt nichts über die Wirtschaftslage aus, weil hier die Kontokorrente der Großbanken bei der Banca d'Italia einbergriffen sind, die mit Zinsen ausgestattet sind, seit die Konvertierung der kurzfristigen Schatzscheine in Angriff genommen wurde. Die Privatkundenkontokorrente, für die die Statistik über den Juni nicht hinausgeht, stagnieren dagegen.

Die schon sehr günstigen Ziffern, die aus italienischen Staatsquellen stammen, täuschen indes noch. Der Staatshaushalt wird künstlich balanziert durch amerikanisches Kapital, das eine weit über die Verhältnisse des Landes reichende Automobilindustrie und infolgedessen einen starken Export aufgebaut hat. Desgleichen sind große Mittel hereingekommen durch die gute vorjährige Wein- und Südfruchternte, während die Einfuhr hauptsächlich von Nahrungs- und Bedarfsmitteln für die breite Masse stark gedrosselt wurde. Der wahre Ausdruck für die Wirtschaftslage ist der Kleinhandel, der von den Arbeitermassen lebt, der vollständig darniederliegt, und der durch das Eingehen von tausenden Geschäften ausgedrückt wird, die in der Konkursstatistik nicht enthalten sind. Das ist auch die Ursache der „Parteireinigung" die wir schon mitteilten. Die zehntausende aus der faschistischen Partei hinausgeworfenen entlässlichen Kleinbürger erkennen immer mehr, daß der Faschismus ihnen keine Rettung bringen kann.

Das italienische Proletariat wird sich indes aus eigener Kraft aus der eisernen Umklammerung der faschistischen Staatsgewalt nicht befreien können. Es wird erst zum entscheidenden Schlag gegen die faschistische Pest ausholen können, wenn es vom deutschen Proletariat aktiv unterstützt werden wird, d. h. wenn dieses selbst die Fesseln seines schwarzrotgelben Faschismus zerreißt, die ihm Sozialdemokratie und Gewerkschaften um den Hals gelegt haben.

Mitteilungen

Ortsgruppe Forst.

Jeden Sonntag früh 9,30 Uhr: **Oeffentl. Diskussionsabend.**

Vorträge:

1. Die intellektuellen in der Arbeiterbewegung.
2. Dialektischer Materialismus.
3. Internationale Lage (Die Gewerkschaften und der Befreiungskampf des Proletariats)

im „Gasthaus zur Hopfenblüte" (Ermisch), Cottbuser Straße.

KAZ.-Leser und Sympathisierende sind eingeladen.

Die Ortsgruppe der Allg. Arbeiter-Union Fürstenwalde ist wegen Unterschlagung von Orig.-Material und Nichtablieferung noch vorhandener Bestände und Stempel aufgelöst. Wir warnen vor Hameyer und Mertens. — Bez.-Leitung Berlin-Brandenburg.

Groß-Berlin.

Jeden Freitag, 19,30 Uhr, Diskussionsabend bei Gessat, Grandenzerstr. 3. 3. Unterbezirk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Moritzpl. 6741.

8. Jahrg. Nr. 92

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pfg.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13. Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 28. November 1927

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 888 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bez. SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Politische Rationalisierung

Einheitsstaat - die Wahlparole der KPD

Seit einigen Wochen, besonders unter dem Einfluß des Memorandums des Reparationsagenten, hat innerhalb des deutschen Kapitals eine starke Bewegung für den Einheitsstaat und die Vereinheitlichung der Verwaltung eingesetzt. Das bisherige Nebeneinander und Durcheinander von Reich, Ländern und Selbstverwaltungskörpern, die vielbegeisterte Dreiteiligkeit, hat sich als eine ungeheure starke finanzielle Belastung erwiesen. Sie war ein großes und ist vielleicht das größte Hindernis gegen eine einheitliche zentrale Finanzwirtschaft. Das Finanzkapital voran und mit ihm das gesamte deutsche Kapital, strebt eine Finanzkontrolle der Länder und besonders der Kommunalwirtschaft an. Der Reichsbankpräsident ist als Hüter der deutschen Währung und als Vertrauensmann des Reparationsagenten der Rufer im Streit. Allerdings will und kann man vorläufig nicht zur Verwirklichung des Einheitsstaates und zu einer Finanzdiktatur über die Einzelstaaten und Gemeinden übergehen, weil die augenblicklichen Widerstände in den die Bürgerblockregierung bildenden Parteien zu stark sind. Gerade die deutschnationale Partei saugt ihre stärksten Kräfte aus dem Partikularismus. Wenn trotzdem der Reichskanzler Marx den Einheitsstaat als ein notwendiges Ziel bezeichnet, so beweist dies, daß diese durch die Novemberrevolution nicht verwirklichte Idee der deutschen Einheit eine wirtschaftliche Notwendigkeit für das Kapital geworden ist. Das deutsche Kapital kann sich eben gegenüber der steigenden wirtschaftlichen Belastung nicht anders helfen, als eine Rationalisierung seiner Verwaltung durchzuführen. Die politischen Gründe für die Beschleunigung dieser Aktion liegen klar auf der Hand. Gerade die Selbstverwaltungskörper und die von ihnen in immer stärkerem Maße in Angriff genommenen „wirtschaftlichen" Aufgaben, bilden für das Privatkapital eine Beschneidung seiner Ausdehnungsfähigkeit. Der Kampf zwischen den Kommunen als „Vertretern der Konsumentenpolitik" und dem Privatkapital hat besonders in den schwerindustriellen Gebieten des Westens in den Fragen der Elektrizitäts- und Gasversorgung heftige Formen angenommen. Durch Aufnahme von Anleihen im Ausland können sie auch unabhängig vom deutschen Anleihemarkt eine expansive Wirtschaftspolitik treiben. Die Betätigung wächst daher ständig sowohl dem Umfang als auch der Richtung nach. Infolgedessen, greift sie auch in immer höherem Maße auf die bisher dem Privatkapital reservierten Gebiete über.

Am klarsten hat dies Schacht in seiner Rede vor dem Haushaltungsausschuß zum Ausdruck gebracht. Er erklärte dort wörtlich, daß Deutschland wahrscheinlich nicht eine einzige öffentliche Anleihe hatte aufzunehmen brauchen, wenn die Städte die Luxusausgaben, wie Grünanlagen, Gelände und Güter kaufe, Messegebäude, Bürohäuser, Flugplätze, Kreditgewährung an die Privatwirtschaft und sonstige Beteiligungen unterlassen hätten. Seine Forderung läuft ganz klar auf die Unterbindung der soviel gerühmten Selbstverwaltung heraus. Der sozialreformistische Einfluß, das letzte Ueberbleibsel der Kriegswirtschaft und des „Novemberverbrechen", muß im Namen der Selbsterhaltungsnotwendigkeit vernichtet werden. Die Selbstverwaltung, eine Maßnahme des Frühkapitalismus zur stärkeren und rascheren Entwicklung der Großstadt als Basis für die Industrialisierung hat sich in ihrer jetzigen Form der Uebernahme von den dem Privatkapital vorbehaltenen Wirtschaftsgebieten als Gefahr für die Monopolstellung der Privatwirtschaft gezeigt. In einem stärkeren Maß ist sie zwangsweise zu einem Schutz der konsumierenden Bevölkerung gegen das Produktionskapital geworden. Die Kommunalverbände müssen eine aktive Stellung gegen die Ueberforderungen des Privatkapitals einnehmen, weil die sich dauernd verdichtende Konsumtradition des Kapitals den Konkurrenzkampf des Einzelunternehmers vernichtet. Durch die Preisdiktatur des Kapitals wird die Ausbaumöglichkeit der kommunalen Wirtschaft gehemmt. Der Lebensstandard sinkt, die Verelendung der Massen steigt und damit fällt auch die steuerliche Ausbeutungsmöglichkeit. Dazu kommt noch, daß die Selbstverwaltungskörperschaften die „Wohlfahrtspflege" zu bringen haben, dessen Umfang sich mit der sinkenden Lebenshaltung außerordentlich schnell vermehrt. Die Krisenlast wird infolgedessen hauptsächlich auf sie abgestoßen. Die Notwehr dagegen ist die „Konsumentenpolitik", die selbstverständlich immer auf größere Gebiete des Wirtschaftslebens übergreift. Der Versuch zur Unterbindung dieser Finanzpolitik der Städte liegt ohne weiteres auf der Hand. Es ist ein Abbau der Sozialfürsorge in versteckter Form. Deshalb regen sich darüber die echten Reformisten, die Sozialdemokraten so stark auf, während die Demokraten, ihre echten kapitalistischen Brüder, auf der anderen Seite stehen.

Der Kampf um die Sozialreform ist die typische Illusionstaktik der Sozialdemokratie.

Nachdem das Kapital dazu übergeht, die Politik zu rationalisieren, stemmt sich die soeben so rationalisierungsfreudige SPD. dagegen auf Händen und Füßen. Sie wünscht wohl die Aufhebung des Länderföderalismus, aber eine Stärkung der Selbstverwaltung der Gemeinden, Vereinheitlichung der Verwaltung, darf sich nicht zu einer Finanzdiktatur gegen die Städte auswachsen.

Die SPD. will den „staatssozialistischen Partikularismus" ausbauen, während die Bourgeoisie sich gegen diesen Einbruch in ihre Machtpläne wehrt. In dem Einfluß in den Selbstverwaltungskörpern beruht ihre Macht. Vereinheitlichung der Verwaltung ist für die Bourgeoisie Stärkung der staatlichen Macht oder vulgär ausgedrückt, rücksichtslose Interessenpolitik der Kapitalisten. Im Gegensatz dazu will die SPD. Erweiterung des Aufgabenkreises in der Selbstverwaltung. Aber die Selbstverwaltung hat ihre geschichtliche Aufgabe gelöst im Kapitalismus. Sie wird heute ein Hindernis für die kapitalistische Entwicklung. Selbstverwaltung ist Sozialreform und Luxus geworden.

Die Hemmungen in der sofortigen Durchführung der offenen Finanzdiktatur bestehen auch darin, daß der konzessionelle Schulpartikularismus noch nicht durchgeführt ist. Die Schule war bisher sehr stark, wenigstens in den Großstädten, vor den Linksparteien beschützt. Wenn die Beherrschung des Verwaltungsapparates in den Ländern von der Bourgeoisie aufgegeben werden soll, so geschieht dies nur unter gleichzeitigem Aufbau neuer Machtpositionen. Die bewußte Verankerung in der Schule ist der Grundstein für die Herrschaft der Bourgeoisie. Das Reichsschulgesetz ist auch ein Teil des Abbaues der „Staatssozialismusgesetzgebung".

Partikularistisch ist in Deutschland die Bourgeoisie nur soweit, als es notwendig ist, ihre Macht zu sichern. Sie begreift, daß der Partikularismus selbst ein Luxus ist. Nach

Reichstagsauflösung

Das neueste Ablenkungsmanöver

Der Reichstag ist am 22. November wieder zusammengetreten. Es ist aber heute ein offenes Geheimnis, daß er nicht bis zum Ende der vierjährigen Legislaturperiode im Dezember nächsten Jahres leben wird. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das Reichsparlament der deutschen Bourgeoisie dem Schicksal der Auflösung verfällt. Die SPD. rechnet bereits mit Neuwahlen im Februar, spätestens im Mai.

Wenn der jetzige Reichstag vor seinem gesetzlichen Endtermin nach Hause geschickt wird, so wird dieser Gnadenstoß sicher nicht von der SPD. geführt werden. Die SPD. als stärkste Fraktion des parlamentarischen Oppositionsblockes im Reichstag, hat sich ja bei der letzten Regierungsbildung ausdrücklich verpflichtet, keine Taktik einzuschlagen, die die Gefahr einer Regierungskrise heraufbeschwört. Dieses dem Hindenburgblock gegebene Loyalitätsversprechen hat die SPD.-Fraktion bis heute ehrlich gehalten und sie wird auch weiter die schwarzweißrote Marx-Regierung sozusagen „abwirtschaften" lassen. Denn die Verantwortung für den bewußt gewollten Sturz der Regierung ist ein Makel, mit dem die heutige SPD. durchaus nicht in den nächsten Wahlkampf ziehen möchte. Gilt es doch gerade für die Sozialdemokratie, den Schild ihrer staatspolitischen Verantwortung blendend rein zu halten, um für ihre Regierungsfähigkeit möglichst viel Stimmen beim Kleinbürgertum sammeln zu können.

Es ist die ganze politische und wirtschaftliche Situation, die dem Reichstag das Horoskop der Auflösung stellt. Das Schicksal einiger wichtiger Regierungsvorlagen (wie z. B. das Reichsschulgesetz) ist so ungewiß, daß das Kabinett Marx darüber leicht stolpern kann. Die parlamentarische Konstellation ist nicht so günstig, daß die Regierung mit dem bestehenden Reichstag unter allen Umständen durchs Feuer gehen kann. Außenminister Stresemann hat kürzlich im Braunschweig in einer Rede bereits die Wahrscheinlichkeit einer Weihnachtskrise, die mit Neuwahlen gleichbedeutend wäre, angedeutet. — Das wichtigste Moment aber sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die in den kommenden Monaten der jetzigen Regierung das Leben schwer machen. Der Prozeß der kapitalistischen Rationalisierung ist da angelangt, wo er zwangsläufig auch auf den gesamten Staatsapparat übergreifen muß. Das ergibt Reibungen mit den Länder- und Städteregierungen, weil deren wirtschaftliche Selbständigkeit dadurch beschnitten wird. Und dies umsomehr, da die Führer der privaten Wirtschaft gegen die kommunale Auslandsanleihepolitik Sturm laufen. Die zu erwartende mehr oder weniger starke Drosselung der Auslandskredite wird mit dem Abklingen der Konjunktur den Arbeitsmarkt so ungünstig beeinflussen, daß die Erwerbslosigkeit neue Riesendimensionen annehmen muß. Diese Entwicklung bringt die heutigen Regierungsparteien in eine Lage, wo sie selbst es für taktisch klüger halten, mit der Auflösung des Reichstages ein Ventil für die allgemeine Mißstimmung zu öffnen. Denn die Wahlaussichten der Westarp, Stresemann und Marx können sich nur verschlechtern, wenn sie mit dem alten Reichstage die kommenden Frühjahrsstürme meistern wollen.

Die Frage der baldigen Reichstagsauflösung wird bereits zum Anlaß genommen, um das Proletariat in einen politischen Fieberzustand zu hetzen. Die SPD. stiert schon Tag und Nacht nur nach der Wahlurne, wie der Katholik auf sein Heiligenbild. Die KPD. brüllt jetzt noch lauter als vorher „weg mit diesem Reichstag" — als ob der nächste Reichstag der bürgerlichen Republik nicht genau solch Instrument der herrschenden Kapitalistenklasse wäre. Die parlamentarischen Arbeiterparteien, SPD. wie KPD., sind es gerade, die mit dem Strohfeuerchen der evtl. Reichstagsauflösung die Proletariermassen von den Aufgaben ablenken, die sie am Vorabend neuer Krisenstürme in Angriff nehmen müßten. Denn auf der Tagesordnung des proletarischen Klassenkampfes steht nicht: wen schicken wir im Februar oder Mai in die Quasselbude der Bourgeoisie, sondern: wie kommen wir endlich aus dem mörderischen Trommelfeuer der kapitalistischen Verelendungsoffensive heraus! Organisierung proletarischer Massenkämpfe gegen die Ausbeuter und ihre staatlich-gewerkschaftliche Schlichtungsdiktatur, Aufmarsch der Arbeitermassen in der Klassenfront der revolutionären Betriebsorganisationen, ist die Parole, die allein den Ausweg aus der Hölle des Kapitalismus bedeutet.

Nicht reformistischer Wahlkampf um demokratische Illusionen, sondern revolutionärer Klassenkampf um das realisierbare Ziel des Sozialismus ist die Grundlage der modernen Arbeiterpolitik, trotz aller parlamentarischen Ablenkungsmanöver der SPD. und KPD.